



TTIP: NO, WE CAN'T

KEIN FREIHANDELSABKOMMEN AUF
KOSTEN EUROPÄISCHER VERBRAUCHER!

REINHILD BENNING, STEPHAN BÖRNECKE, PIA EBERHARDT,
KAREN HANSEN-KUHN, HANNES LORENZEN, ARND SPAHN

EINE KRITISCHE ANALYSE ZUM FREIHANDELSABKOMMEN EU-USA,
HERAUSGEGEBEN VON MARTIN HÄUSLING, MEP



Die Grünen | Europäische Freie Allianz
im Europäischen Parlament



IMPRESSUM

HERAUSGEBER

Martin Häusling, MEP / Europabüro Hessen
Kaiser-Friedrich-Ring 77
65185 Wiesbaden

Tel. 0611 - 98920-30

Fax 0611 - 98920-33

info@martin-haeusling.de

GESTALTUNG

Dipl. Des. (FH) Annette Schultetus,
www.design-kiosk.de

BEZUG DIESER PUBLIKATION

Ina Möllenhoff

Tel. 0611 - 98920-30

Fax 0611 - 98920-33

info@martin-haeusling.de

AUTOREN

Reinhild Benning

Stephan Börnecke

Pia Eberhardt

Karen Hansen-Kuhn

Hannes Lorenzen

Arnd Spahn

DRUCK

www.flyerheaven.de

STAND

Dezember 2013

INHALT

VORWORT MARTIN HÄUSLING	05
1. INVESTITIONSSCHUTZ: ES GEHT UMS GROSSE GELD	06
<i>KAREN HANSEN-KUHN UND HANNES LORENZEN</i>	
2. WENIGER DEMOKRATIE WAGEN?	14
<i>PIA EBERHARDT</i>	
3. US-GROSSAGRARWIRTSCHAFT STÖSST AUF EU-KLEINBAUERN	20
<i>STEPHAN BÖRNECKE</i>	
4. KOMMENTAR DER EFFAT ZUR AKTUELLEN DEBATTE UM DAS FREIHANDELSABKOMMEN	27
<i>ARND SPAHN</i>	
5. WAS VERBRAUCHER AM GEPLANTEN FREIHANDEL GAR NICHT MÖGEN	31
<i>REINHILD BENNING</i>	
SCHLUSSWORT UND POLITISCHE FORDERUNGEN VON MARTIN HÄUSLING, DIE GRÜNEN/EFA	37





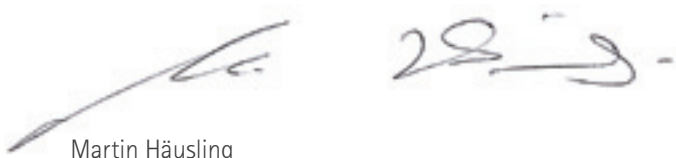
VORWORT MARTIN HÄUSLING

TTIP: TRANSATLANTISCHE HANDELS- UND INVESTITIONSPARTNERSCHAFT

Chlorhühnchen, Hormonfleisch und Gentechnik in den Regalen europäischer Supermärkte – diese Vorstellung schürt berechtigte Sorgen der Verbraucherinnen und Verbraucher. In den Medien wird mehr und mehr darüber berichtet, insbesondere im Zusammenhang mit den möglichen Folgen des geplanten Freihandelsabkommens zwischen der EU und den USA.

Es geht aber bei diesem Freihandelsabkommen nicht nur um die Frage des Geschmacks und der Esskultur oder um eine unterschiedliche Auffassung von Lebensmittelsicherheit. Es geht um weit mehr, wie die folgenden Beiträge anschaulich zeigen. Es geht um Transparenz, Verbraucherrechte und die demokratische Legitimierung und Kontrolle von Regeln. Es geht um Grundlagen unseres Demokratieverständnisses und unserer Lebensqualität, um die in Europa lange gerungen wurde. Diese werden wir nicht einfach zugunsten von Industrieinteressen über Bord werfen.

Es ist wichtig, dass europaweit darüber diskutiert wird, ob und was uns das anvisierte Freihandelsabkommen mit den USA bringt und ob es nicht auch Alternativen gibt, die in Europa mehr Arbeitsplätze und Wertschöpfung bringen und die mit mehr Verbraucherrechten, Tier-, Umwelt- und Klimaschutz einhergehen.



Martin Häusling

INVESTITIONSSCHUTZ: ES GEHT UMS GROSSE GELD

Karen Hansen-Kuhn und Hannes Lorenzen

WORAUF ZIELT DIE TRANSATLANTISCHE HANDELS- UND INVESTITIONSPARTNERSCHAFT?



Seit dem offensichtlichen Scheitern der multilateralen Handelsgespräche in der Welt handelsorganisation (WTO) verfolgen die Regierungen in den USA und den EU-Mitgliedstaaten jetzt eine Vielzahl regionaler und bilateraler Handelsgespräche. Dazu gehören die transpazifische Partnerschaft (an der die USA, Japan und zehn weitere Länder beteiligt sind), das Freihandelsabkommen zwischen der EU und Indien, die Gespräche zwischen der EU und den Mercosur-Staaten (zu denen einige der größten Schwellenländer gehören) und die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) zwischen den USA und Europa. Betrachtet man diese Vereinbarungen als Gesamtpaket, geht es dabei eindeutig nicht mehr darum, Zölle zu senken. Es sollen vielmehr in effektiver Weise globale Standards in den Bereichen Landwirtschaft, Investitionen, öffentliche Gesundheit und Umwelt festgezurrert werden, die bestimmten Interessen dienen.

Der transatlantische Handel mit Waren und Dienstleistungen ist bereits weitgehend liberalisiert. Die TTIP-Gespräche sollen darüber hinaus noch vorhandene Einschränkungen wie Normen und Standards für den Lebensmittelhandel zu Verhandlungsthemen machen. Normen und Standards, die Gegenstand von Abkommen über öffentliche Gesundheit und pflanzenschutzrechtliche Maßnahmen (SPS) in der WTO sind, begrenzen in einigen Fällen den Marktzugang. Das betrifft besonders US-Produkte beim Import nach Europa. In der Folge großer Lebensmittelskandale wie dem Rinderwahn (BSE) und Dioxinrückständen in Eiern, sowie angesichts des zunehmenden Widerstands der Verbraucher gegen den Einsatz von Hormonen, Antibiotika oder gentechnisch veränderte Organismen (GVO) in der industriellen Nahrungsmittelproduktion, wurde das Vorsorgeprinzip zunehmend in der EU-Rechtsetzung verankert. Damit besteht zumindest in der EU weitgehend Konsens, dass der Staat - und nicht allein der Markt - eine Mindestqualität sowie Mindest-Sicherheitsnormen für Lebensmittel garantieren muss.

In der EU besteht weitgehend Konsens, dass der Staat - und nicht allein der Markt - eine Mindestqualität für Lebensmittel garantieren muss.

Die von internationalen Konzernen vorangetriebene Agenda des TTIP will die noch verbliebenen Handelsbeschränkungen liberalisieren, Regulierungen „hinter nationalen Grenzen“ abschaffen und einen umfassenden Investitionsschutz durchsetzen. Investitionsschutz bedeutet, in Verträge zwischen souveränen Staaten Gewährleistungen einzuschliessen, die Auslandsinvestoren vor staatlichen Eingriffen oder Gewinnverlusten bewahren. Damit steht diese Agenda im direkten Gegensatz zu zahlreichen Bewegungen der Zivilgesellschaft beiderseits des Atlantiks, die sich jenseits von Landwirtschafts- und Handelssubventionen für die Unterstützung lokaler Erzeuger und gegen weitere Konzentration der Marktmacht im Bereich der globalen Lebensmittelketten engagieren.

Während im Grundsatz neue globale Qualitätskriterien für Lebensmittel, nachhaltige Landwirtschaft und die Lebensmittelkette zu begrüßen wären, wenn sie denn zu mehr Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit im Nahrungsmittelsektor führen würden, haben die Verfechter der TTIP genau das Gegenteil im Sinn. Sie wollen weitere Sektoren und Erzeugnisse unter den Einfluss und die Kontrolle der bereits dominanten Konzerne bringen, mit der Folge einer zunehmenden Vorrangstellung innerhalb des industrialisierten Agrarsystems. Die Folge wäre vor allem eine hohe Anfälligkeit gegenüber den immer stärker schwankenden Input- und Lebensmittelpreisen. Kleine lokale Lebensmittelversorgungsstrukturen sowie dezentrale Verarbeitungs- und Vermarktungswege in den Händen der Bauern und Verbraucher können sich bislang hingegen der Kontrolle der großen Player der Lebensmittelkonzerne entziehen und begrenzen bisher deren Gewinnspannen.

WARUM GIBT ES KEINE TRANSPARENZ IM VERHANDLUNGSPROZESS?

Die TTIP-Verhandlungen sind geheim. Informationen an die Öffentlichkeit sind nicht vorgesehen, und eine Veröffentlichung der genauen Verhandlungstexte steht erst recht nicht zur Debatte. Es gibt keine Transparenz bei den TTIP-Verhandlungen, weil eine öffentliche Debatte oder eine Einbindung in parlamentarische Kontrolle das eigentliche Ziel der ausschließlichen Interessenwahrnehmung der Konzerne in Frage stellen würde.

Aus der Sicht global agierender multinationaler Unternehmen muss die Einflussnahme durch den Staat weiter reduziert werden, beispielsweise durch Maßnahmen wie der Privatisierung von Gemeingütern wie Wasser, Saatgut, Infrastrukturen, einschließlich exklusiver Nutzungsrechte wie Patente und Lizenzgebühren, mit denen Gewinne gesteigert werden können. Die Agenda der Konzerne ist nicht an den Interessen einer wachsenden Zahl von Bürgern interessiert, die gesunde und frische Lebensmittel für ihre Kinder in Schulkantinen fordern, um Fettleibigkeit und andere Risiken für die Volksgesundheit zu vermeiden. Auch faire Einkommen für Landwirte stehen nicht auf ihrer Agenda. Bäuerinnen und Bauern geraten schon geraume Zeit innerhalb der Lebensmittelkette ins Hintertreffen. In der EU ist der Gewinnanteil, den landwirtschaftliche Betriebe seit 2004 aus der Lebensmittelkette ziehen konnten, von 31 Prozent auf unter 20 Prozent zurückgegangen.¹

Bürgerbewegungen für eine gesündere Lebensmittelversorgung sind im Kern Träger lokaler Aktionen, die sich immer mehr auch politisch auf regionaler und nationaler Ebene durchsetzen. Die Bewegung von unten nach oben (bottom-up) entsteht in lokalen Bezügen und Interessen und entwickelt sich aus agro-ökologischen innovativen und praktischen Erfahrungen in der Lebensmittelkette (wie zum Beispiel die Solidarische Landwirtschaft oder „Stadtgärtner“ (urban gardening)). Sie ist flexibler und demokratischer und macht es möglich, dass die Erfahrungen in einer Stadt oder ländlichen Gemeinde genutzt werden können, um Veränderungen und weitere Innovationen in einer anderen Stadt oder Gemeinde zu beeinflussen. Bürgerbewegungen für eine neue Lebensmittelkultur können verhindern, dass die lokale Lebensmittelversorgung in die Verwertungslogik globaler Nahrungsmittelkonzerne integriert wird und Lebensmittel als Menschenrecht und nicht als Objekt von Spekulationsgewinnen auf Derivatmärkten behandelt werden.



Konzernisierung versus Lokale Agrarstruktur



Konzerne möchten mit Patenten Gewinne steigern.



Wenn Umweltschutzgesetze Ihre Gewinne bedrohen, empfehlen wir Investitionsschutzabkommen!

WARUM GIBT ES VERHANDLUNGEN ÜBER EINE SPEZIELLE INVESTITIONSPARTNERSCHAFT?

Die Auswirkungen des TTIP Prozesses gehen weit über die USA und Europa hinaus. Zum Auftakt der Verhandlungen im Juli 2012 hat der Präsident der Europäischen Kommission José Manuel Barroso auf die Dringlichkeit dieser Gespräche hingewiesen und erklärt, dass „wir rasch vorangehen wollen. Das derzeitige Wirtschaftsklima zwingt uns, unsere Kräfte zu bündeln und mit weniger Aufwand mehr zu erreichen. Und, was noch wichtiger ist, wir müssen unsere Rolle als starke Global Player behalten, die die Standards und die Regeln für das 21. Jahrhundert festlegen.“² Erklärungen des US-Handelsbeauftragten Michael Froman lassen ebenfalls die Absicht erkennen, die in der TTIP festgesetzten Standards zur Blaupause für andere Abkommen zu machen. Sofern Regeln für Investitionen und besonders für Investor-Staat-Streitigkeiten Teil des TTIP Abkommens werden, so rechnen die Unterhändler sich aus, kann der Widerstand gegen derartige Regelungen auf globaler Ebene gebrochen werden.

Investitionsschutzmechanismen werden bereits dazu benutzt, Umweltschutzstandards und Normen für die öffentliche Gesundheit überall auf der Welt in Frage zu stellen. Drei US-Firmen haben in drei unterschiedlichen Rechtssachen – Corn Products International, ADM/Tate & Lyle und Cargill – die mexikanische Regierung unter Berufung auf Regeln des Nordamerikanischen Freihandelsabkommens (NAFTA) wegen der Errichtung von Handelshemmnissen gegen den Import von Maissirup mit hohem Fruchtzucker Gehalt verklagt. In jedem dieser Fälle hat das Schiedsgericht gegen Mexiko entschieden und den US-Firmen eine Entschädigung in Höhe von insgesamt US\$ 169,18 Millionen zuerkannt, zu bezahlen von den mexikanischen Steuerzahlern.³ In diesem Fall ging es darum, ob die Maßnahmen der mexikanischen Regierung eine unfaire Beeinträchtigung der erwarteten Gewinne der Investoren darstellen. Es ging nicht um die Frage, ob der Maissirup im Vergleich zu Zucker evtl. schädliche Folgen für die öffentliche Gesundheit haben könnte. Selbst wenn die Regierungen dieses Thema hätten ansprechen wollen, wäre dies nach den geltenden Regelungen als irrelevant eingestuft worden.

In der EU wird aktuell über neue Gesetze für die Registrierung, Zertifizierung und Vermarktung von Saatgut verhandelt, die, wenn sie rechtskräftig würden, in der Landwirtschaft eine weitere Verarmung der genetischen Vielfalt in der Landwirtschaft zur Folge hätten. Denn sie würden die Exklusivrechte einiger weniger großen multinationalen Saatgutfirmen stärken und weiterhin die Rechte und Möglichkeiten von Landwirten und kleinen Saatgutzüchtern schwächen, ihr Saatgut an die sich ändernden klimatischen und wirtschaftlichen Bedingungen anzupassen.⁴ Diese Art des Schutzes der Exklusivrechte an geistigem Eigentum kann auch als eine Form von Investition angesehen werden, die unter die Bestimmungen des Handelsabkommens fällt. Wenn Kommunalbehörden die Anwendung des Gesetzes anfechten oder Unternehmen behaupten, dass der Patentschutz für Saatgut nicht weit genug gefasst ist, um die von den Investoren erwarteten „Mindeststandards“ einzuhalten, könnten Schiedsverfahren zwischen Investoren und Staaten Strafzahlungen gegen Regierungen verhängen. Zahlen müssen wiederum die Steuerzahler, also die Bürger des verurteilten Staates.

Diese privatrechtlichen Auseinandersetzungen mit Staaten zeigen sich mittlerweile weltweit. Tausende kolumbianische Bauern, Studenten, indigene Völker und Gewerkschafter haben an einem der größten Streiks seit Jahren teilgenommen und eine überfällige Neuausrichtung der Landwirtschaftspolitik Kolumbiens gefordert. Eine Hauptforderung ist die Neuverhandlung der Freihandelsabkommen mit den USA und der EU. Diese soziale Bewegung hat die kolumbianische Regierung inzwischen dazu gezwungen, ein sehr kontrovers diskutiertes Gesetz, das Landwirten die Wiederverwendung ihres eigenen Saatgutes verbietet, zunächst auf Eis zu legen. Dieses Gesetz ist die direkte Folge der Unterzeichnung des Freihandelsabkommens mit den USA, eine nicht öffentliche Investor-Staat-Schiedsgerichtsklage dürfte nicht lange auf sich warten lassen.

Das Feigenblatt für diese unfairen Bestimmungen, die Konzernen erlaubt örtliche, nationale oder regionale Gerichtssysteme zu umgehen, beruht darauf, dass das Rechtssystem einiger Länder nicht in der Lage ist, solche Rechtsstreitigkeiten in einem überschaubaren Zeitrahmen abzuwickeln. Dieses Argument ist im Fall TTIP völlig unplausibel, weil die Rechtssysteme der USA und der EU Handelsstreitigkeiten öffentlich beilegen könnten. Trotzdem haben beide Regierungen eindeutig ihre Absicht signalisiert, eine entsprechende Klausel in das Handelsabkommen aufzunehmen.

Diese Absicht wird noch offensichtlicher, wenn man sich die Liste der in den Handelsgesprächen verhandelten Bestimmungen anschaut. Die Agrarzölle und auch andere tarifäre Bestimmungen zwischen den USA und der EU sind bereits heute recht niedrig. Das eigentliche Ziel, wie es auch von der EU-Kommission und der US-Regierung bestätigt wird, besteht in der Beseitigung von „lokalen Hindernissen für den Handel“ und in der Herstellung einer „Kohärenz in Regulierungsfragen“ zwischen unseren Nationen. Im Kern bedeutet dies die Einschränkung der Möglichkeiten einheimischer Gemeinden, ihre Wirtschaft und ihre Lebensmittelsysteme nach eigenen Vorstellungen zu gestalten. Stattdessen werden Lebensmittelsicherheit, Chemiewirtschaft und andere Standards auf den kleinsten gemeinsamen Nenner gebracht. Darüber hinaus würde die Möglichkeit von Klagen gegen den Staat, falls die Gesetzgebung zu erwartende Gewinne beeinträchtigt, eine zusätzliche Verwässerung von Standards und die Funktionsunfähigkeit des existierenden Lebensmittelsystems mit allen Fehlern und Schwächen bewirken.

Die Umsetzung dieser Konzernagenda ist erklärtes Verhandlungsziel. Ganz oben auf der Abschlussliste stehen Vorsorgeregulungen der EU zu Gesundheit und Umwelt (SPS), die den Import von gentechnisch veränderten Organismen (GVO) und fragwürdigen Lebensmittelzusätzen wie „Ractopamin“, einem Wachstumshormon, das in der Fleischproduktion eingesetzt wird, einschränken, sowie dubiose Praktiken wie die Chlordesinfektion von geschlachtetem Geflügel verbieten. Darüber hinaus fallen Regelungen über den Einsatz potenziell toxischer Chemikalien unter die so genannten technischen Handelshemmnisse (TBT) und werden zweifellos Gegenstand der TTIP-Verhandlungen sein. Da die EU eine völlig andere Vorgehensweise bei der Regulierung toxischer Chemikalien hat als die USA, dürften die Verhandlungen über diese Bestimmungen beträchtliche Konsequenzen für Umwelt und die öffentliche Gesundheit haben.

Die weltweit erstarkende Bewegung für lokale, gesündere und nachhaltiger produzierte Lebensmittel befasst sich nicht nur damit, wie Nahrungsmittel produziert werden, sondern auch damit, was mit den Lebensmitteln auf dem Weg vom Hof bis zum Teller



Agrar-Streik in Kolumbien

KONZERNGEWINNE

versus
Gesundheitsvorsorge
und Umweltpolitik



passiert. Dazu gehört auch die Verwendung von Chemikalien als Lebensmittelzusätze oder in Verpackungen. Bisphenol A (BPA), um nur ein Beispiel zu nennen, ist ein chemischer Bestandteil des Kunststoffes Polycarbonat, der in zahlreichen Lebensmittel- und Getränkeverpackungen sowie in Epoxidharzen zum Einsatz kommt, die für die Innenbeschichtung von Konservendosen verwendet werden. BPA entfaltet im menschlichen Organismus eine Hormon verändernde Wirkung, und Tierversuche zeigen, dass bereits eine niedrig dosierte Aufnahme in den ersten Lebensstadien zu Fruchtbarkeits- und Entwicklungsstörungen sowie genetischen Schäden⁵ und Krebs⁶ führt. Einschränkungen der BPA-Verwendung gibt es sowohl auf Ebene einzelner US-Staaten als auch in EU-Mitgliedstaaten, aber Initiativen zur „Harmonisierung“ dieser Regelungen in der TTIP könnten diesen Prozess beenden und dafür sorgen, dass die weniger anspruchsvollen US-Standards überall geltendes Recht werden.



Die Bürger haben keinen Einblick.

WARUM WIRD NICHT ÜBER FAIREN HANDEL GEREDET? TRANSPARENZ GEGEN KUHHANDEL

Bisher haben die Handelsgespräche nur unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattgefunden. Das hat seinen Grund. Sowohl die Europäische Kommission als auch die US-Regierung nehmen offenbar umfassend die Beratung durch Unternehmensvertreter in Anspruch, während die Zivilgesellschaft und Gesetzgeber gezwungen sind, aus durchgesickerten Informationen zu folgern, was vielleicht auf der Verhandlungsagenda stehen könnte.

Es geht auch anders. Die WTO hat regelmäßig Verhandlungstexte auf ihrer Website veröffentlicht. Während der Verhandlungen über die amerikanische Freihandelszone NAFTA haben die Regierungen in Nord- und Lateinamerika die Zivilgesellschaft aufgefordert, ihre Standpunkte auf Ministertreffen und Gipfeltreffen der Staatschefs mitzuteilen. Es spricht nichts dagegen, dass sich die Regierungen auf die Veröffentlichung von Verhandlungstexten einigen und einen regelmäßigen Dialog mit den Stakeholdern führen, wobei die Veröffentlichung grundlegender Verhandlungsziele ein guter Anfang wäre.

Ohne Transparenz der Verhandlungen besteht die Gefahr, dass alle Themen im Zusammenhang mit dem Handel von Waren und Dienstleistungen und mit Vorschriften für den Schutz der Umwelt und der öffentlichen Gesundheit, Investitionen usw. in einen gemeinsamen Topf verbindlicher Handelsregeln geworfen werden. Für Vorschriften über die eingeschränkte Verwendung von GVO könnte es im Gegenzug Reformen der Rohstoffmärkte geben, für den Marktzugang für Rindfleisch im Gegenzug Initiativen für lokal erzeugte Lebensmittel für Schulkantinen. Jedes dieser strittigen Themen sollte aber individuell für sich verhandelt und entschieden werden und nicht Gegenstand eines Kuhhandels werden, um ein Handelsabkommen als „Gesamtpaket“ zu bekommen.



AUS ERFOLGEN LERNEN: WIE LOKALE LEBENSMITTELSYSTEME IN DEN USA UND IN DER EU GESTÄRKT WERDEN KÖNNEN

Initiativen für die Förderung einer gesünderen und nachhaltigeren Lebensmittelproduktion umfassen die gesamte Versorgungskette vom Hof bis zum Teller und immer öfter

auch vom Hof bis in die Schule, ins Krankenhaus oder in andere öffentliche Einrichtungen. Diese Programme erkennen den Wert frischer und gesund produzierter Lebensmittel an, unterstützen direkte Bezugswege zwischen dem Landwirt und dem Verbraucher in der Stadt und fördern nachhaltige Lebensgrundlagen. Fortschritte nach diesem Muster werden im Rahmen neuer Regierungsprogramme sichtbar, z.B. in den amerikanischen „Farm to School“-Programmen und vergleichbaren Initiativen in Italien, Dänemark und Österreich, wo die öffentliche Auftragsvergabe Anbieter bevorzugt, die lokal und nachhaltig angebaute Lebensmittel liefern⁷. So hat der Los Angeles Food Policy Council zum Beispiel die Beschaffung zu einem Schlüsselfaktor seiner Programme gemacht.

Während des vor kurzem abgeschlossenen Reformprozesses der gemeinsamen europäischen Agrarpolitik (GAP) wurden ausführlich die EU-Schulobst- und Schulmilchprogramme erörtert. Sie wurden nicht mehr wie früher als Verwertung von Überschüssen verhandelt, sondern als Möglichkeit die öffentliche Gesundheit zu verbessern. Zwar konnte die Lebensmittelindustrie erfolgreich auch verarbeitetes Obst und Gemüse in die Beihilferegulierung einbringen, aber bei der öffentlichen Auftragsvergabe können jetzt auch örtliche, saisonale Anbieter, die Förderung der öffentlichen Gesundheit sowie Aufklärungsprogramme über gesunde Ernährung berücksichtigt werden.

Diese Prioritäten könnten durch TTIP auf dem Spiel stehen. Die EU besteht bisher auf der Aufnahme von Beschaffungsverpflichtungen im TTIP auf allen Regierungsebenen und für alle Waren in allen Sektoren, potenziell sind damit auch Verpflichtungen im Rahmen dieser Programme für öffentliche Lebensmittelversorgung eingeschlossen.

In einem Schreiben an den US-Handelsvertreter Michael Froman und an den EU-Handelskommissar Karel de Gucht haben 34 Interessengruppen aus den Bereichen Landwirtschaft und Ernährung sowie weitere Organisationen der Zivilgesellschaft aus der EU und den USA eine Reihe von Bedenken hinsichtlich der potenziellen Auswirkungen des Handelsabkommens auf nachhaltige Lebensmittelsysteme formuliert. Dabei ging es auch um die mögliche Vereinnahmung von „Farm to School“ und ähnlichen Programmen in den USA durch das Handelsabkommen. Diese Bedenken wurden ebenfalls auf einer Stakeholder-Veranstaltung vorgetragen, die während der ersten Verhandlungsrunde im Juli in Washington, DC stattfand. Die Handelsbeauftragten der USA und der EU hüllten sich zu diesem Punkt in Schweigen.⁸

VERHANDLUNGEN ÜBER EINE NACHHALTIGE LEBENSMITTELPRODUKTION UND LANDWIRTSCHAFT

Leider besteht die Gefahr, dass diese Beispiele einer demokratischen Lebensmittelkultur im TTIP Prozess keine Zukunft haben. Sowohl die USA als auch die EU haben „lokale Hindernisse für den Handel“ kritisiert und Programme für eine „Kohärenz in Regulierungsfragen“ vorgeschlagen, die das Vorsorgeprinzip in der EU angreifen und Lebensmittel-, Gesundheits- und Umweltnormen auf beiden Seiten des Atlantiks auf den kleinsten gemeinsamen Nenner herunterkochen wollen.

Es gibt aber in der Zivilgesellschaft sowohl in Europa als auch in den USA Entwicklungen, die Mut machen. In Deutschland zum Beispiel haben einflussreiche Bürgerbewegun-



*Lieber
zukunftsfähige
Agenda als Kontrolle
der Konzerne!*

gen in Hamburg und in Berlin für ein Referendum gesorgt und damit ihre Regierungen gezwungen, vormals privatisierte Versorgungsbetriebe zurückzukaufen und die Wasserwirtschaft und die Energieinfrastrukturen wieder unter die Verwaltung der öffentlichen Hand zu stellen. Städte wie Amsterdam, Kopenhagen, München und London fördern städtische Landwirtschaft und städtischen Obst- und Gemüseanbau auch aus der Perspektive des Krisenmanagements und einer Politik der sozialen Eingliederung.

Connecticut und Maine in den USA haben per Gesetz die Kennzeichnung von GVO vorgeschrieben, Kampagnen für ähnliche Gesetze laufen in 20 US Bundesstaaten. Dies ist Teil einer neuen Strategie der Zivilgesellschaft, das Recht der Verbraucher auf Informationen über die Inhaltsstoffe in ihren Lebensmitteln durchzusetzen.

Die Elemente einer transatlantischen Agenda der Zivilgesellschaft für fairen Handel und faire Investitionen liegen bereits auf dem Tisch. Dazu gehören: bessere Investitionen in die Entwicklung des ländlichen Raums und in ländliche Infrastrukturen; bessere Investitionen in Bildung und Kompetenzaufbau im Bereich der agro-ökologischen Forschung und in partizipative Lebensmittelsysteme; Schaffung von Arbeitsplätzen im ländlichen Raum durch dezentrale Lebensmittelverarbeitung und Systeme für erneuerbare Energien; Programme gegen Lebensmittel- und Energieverschwendung durch ein besseres Ressourcenmanagement; internationaler Austausch guter Praktiken, um die Menschen in ländlichen Regionen zu halten und die Wertschöpfung vor Ort zu verbessern. Die Handelsagenda sollte sich dieses Programm eines zukunftsfähigen Modells für das 21. Jahrhundert zu eigen machen, anstatt weiterhin auf eine verfehlte Agenda zu setzen, die die Kontrolle der Konzerne über ein mangelhaftes Lebensmittelsystem fördert.



Karen Hansen-Kuhn ist Direktorin für internationale Strategien im Institute for Agriculture and Trade Policy (IATP) in Washington, DC.
khansenkuhn@iatp.org



Hannes Lorenzen ist Vorstandsmitglied des IATP und Berater der Grünen/EFA im Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung des Europäischen Parlaments.

Literaturverzeichnis

- 1 P7_TA(2010)0302 Gerechte Einnahmen für Landwirte: Die Funktionsweise der Lebensmittelversorgungskette in Europa verbessern. Entschließung des Europäischen Parlaments vom 7. September 2010 zu dem Thema gerechte Einnahmen für Landwirte: Die Funktionsweise der Lebensmittelversorgungskette in Europa verbessern (2009/2237(INI))
- 2 EU-KOMMISSIONSPRÄSIDENT BARROSO UND US-PRÄSIDENT OBAMA KÜNDIGEN DEN START DER VERHANDLUNGEN ZU EINER TRANSATLANTISCHEN HANDELS- UND INVESTITIONSPARTNERSCHAFT AN http://ec.europa.eu/commission_2010-2014/president/news/archives/2013/06/20130617_2_de.htm
- 3 Data from Table of Foreign Investor-State Cases and Claims under NAFTA and other U.S. Trade Deals, Public Citizen, June 2012.
- 4 KOM 2013/0140 (COD) C7-0123/13, Vorschlag für eine VERORDNUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES über amtliche Kontrollen und andere amtliche Tätigkeiten zur Gewährleistung der Anwendung des Lebens- und Futtermittelrechts und der Vorschriften über Tiergesundheit und Tierschutz, Pflanzengesundheit, Pflanzenvermehrungsmaterial und Pflanzenschutzmittel
- 5 Hunt, PA, Koehler KE, Susiarjo M et al. Bisphenol A exposure causes meiotic aneuploidy in the female mouse. *Current Biology*. 2003;13:546-553.
- 6 Wetherill, YB, Petre C, Monk KR et al. The Xenoestrogen Bisphenol A Induces Inappropriate Androgen Receptor Activation and Mitogenesis in Prostatic Adenocarcinoma Cells. *Molecular Cancer Therapeutics* 2002;1:515-524;
Markey, CM, Luque EH, Munoz de Toro M et al. In Utero Exposure to Bisphenol A Alters the Development and Tissue Organization of the Mouse Mammary Gland. *Biology of Reproduction*. 2001;65:215-1223; and Munoz-de-Toro M, Markey C, Wadia PR et al. Perinatal exposure to bisphenol A alters peripubertal mammary gland development in mice. *Endocrinology*. 2005;146(9):4138-47.
- 7 Kevin Morgan and Roberta Sonnino, "Rethinking School Food: the Power of the Public Plate," in *State of the World 2010: Transforming Cultures from Consumerism to Sustainability*, The Worldwatch Institute, S. 74.
- 8 Note for the Attention of the Trade Policy Committee on the Transatlantic Trade and Investment Partnership, Non-paper on Public Procurement, June 20, 2013, EC Trade Policy Committee. Available at <http://www.iatp.org/documents/european-commissions-initial-position-papers-on-ttip>.
Presentation by Karen Hansen-Kuhn, IATP, at TTIP Stakeholder event, July 10, 2013.

Fotos

Fotolia.com: Rind, mma23 / Cargo ship in Hong Kong, Tentacle / Schulobst, Gerhard Seybert

depositphoto.com: Corn cob on production line in a food industry, branex / Broccoli isolated on white background, zorandim / Cow isolated on white, ewastudio, Fabrikschornsteine, homydesign

colectivoagrarioabyayala.blogspot.dev: Demonstration Kolumbien



WENIGER DEMOKRATIE WAGEN?

GEHEIMNISKRÄMEREI UND KONZERNLOBBYISMUS PRÄGEN DIE TRANSATLANTISCHEN HANDELSGESPRÄCHE

Pia Eberhardt



Auf ihrer Webseite zum geplanten transatlantischen Handelsabkommen TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership) preist die Europäische Kommission die Verhandlungen mit den USA als Paradebeispiel für Offenheit, Demokratie und Politik im Interesse der Menschen. Sie betont, aus dem ACTA-Abkommen zur Produktpiraterie gelernt zu haben, das im Sommer 2012 auch deshalb vom Europaparlament abgelehnt wurde, weil es im Geheimen verhandelt wurde. Zum TTIP erklärt die Kommission nun: "Keines unserer Handelsabkommen hat jemals so viel Interesse auf sich gezogen." Und weiter: "Wir sind uns bewusst, dass es neuer Initiativen bedarf, um mehr Licht in die Verhandlungen zu bringen."¹

Allein: Bei diesen neuen Initiativen und den rosigen Worten zu Transparenz und Demokratie handelt es sich um wenig mehr als eine Propagandaoffensive zur Besänftigung einer zunehmend besorgten Öffentlichkeit. Im Folgenden möchte ich das anhand von vier Thesen ausführen.

THESE 1: TTIP WIRD IM GEHEIMEN VERHANDELT

In einem Papier zu den Verhandlungen zwischen der EU und den USA behauptet die Kommission, dass sie "so viele Informationen wie möglich" veröffentlicht.² Besonders stolz ist sie auf den "noch nie dagewesenen" Schritt, anlässlich der ersten Verhandlungsrunde in Washington im Juli 2013 einige Positionspapiere veröffentlicht zu haben.³

Schön, dass die Kommission endlich begonnen hat, ihre Position in internationalen Gesprächen über Handelsabkommen online zu stellen. Aber leider handelt es sich nur um einige wenige. Laut durchgesickerten internen Berichten hat die EU in Washington weitaus mehr Papiere auf den Tisch gelegt – zu Themen wie Dienstleistungsliberalisierung oder den umstrittenen Investor-Staat-Klagerechten (siehe den Beitrag von Karen Hansen-Kuhn und Hannes Lorenzen). Diese Papiere sind nirgends zu finden. Aber haben die 500 Millionen europäischen BürgerInnen nicht auch ein Recht darauf, zu erfahren, was die Kommission bei diesen Themen in ihrem Namen verhandelt? Was gibt es zu verbergen?



Ein Brief des EU Chef-Verhandlers an seinen amerikanischen Kollegen zeigt, dass die EU auch in Zukunft vorhat, den Löwenanteil an Informationen zu den Verhandlungen geheim zu halten: "Alle Dokumente in Bezug auf die Verhandlungen und die Entwicklung des TTIP-Abkommens, darunter Verhandlungstexte, Vorschläge beider Seiten, begleitendes Material, Diskussionsvorlagen, Emails, die sich auf die Substanz der Verhandlungen beziehen und andere Informationen, die im Kontext der Verhandlungen ausgetauscht werden [...] werden vertraulich behandelt." Und weiter: "Die Kommission kann entscheiden, bestimmte Dokumente öffentlich zu machen, die allein die Position der EU betreffen."⁴

Zusammenfassungen der Verhandlungen können diesen Mangel an Transparenz nicht ausgleichen. So schreibt die Nichtregierungsorganisation Knowledge Ecology International: "Ohne die Veröffentlichung des Verhandlungstextes ist es fast unmöglich, diejenigen Vorschläge, die das öffentliche Interesse am meisten berühren werden, angemessen zu analysieren und Feedback zu geben (...). Die genauen Formulierungen, Referenzen zu anderen Dokumenten und internationalen Instrumenten sowie Querverweise im Text sind unerlässlich, um die Auswirkungen des Abkommens als Ganzes zu verstehen."⁵

Was es daher braucht, ist die sofortige Veröffentlichung aller Verhandlungsdokumente – oder wenigstens derjenigen, die der jeweils anderen Seite bereits vorgelegt wurden. TTIP wird Folgen für das Leben von Millionen Menschen und die Zukunft unserer Demokratie haben. Es muss daher von der Öffentlichkeit genau geprüft werden können – ebenso wie jedes Gesetz, das auf EU-Ebene vor seiner Verabschiedung in verschiedenen Varianten veröffentlicht wird. Das ist inzwischen demokratischer Standard in Europa.

THESE 2: DIE GEHEIMNISKRÄMEREI SOLL WIDERSTAND VERHINDERN

Würde Transparenz die Verhandlungen gefährden? Das behauptet die Europäische Kommission, wenn sie schreibt: "Für den Erfolg von Verhandlungen über ein Handelsabkommen braucht es ein gewisses Maß an Vertraulichkeit" – sonst wäre es, als würde man beim Kartenspiel seinem/r GegenspielerIn das Blatt zeigen. Es sei "völlig normal", dass die Verhandlungen ebenso wie die Texte geheim blieben – zum "Schutz des EU Interesses" und um ein "Klima des Vertrauens" zu ermöglichen, in dem die VerhandlerInnen "das bestmögliche Ergebnis" erzielen können.⁶

Vor dem Hintergrund des NSA-Skandals ist diese Haltung ziemlich naiv. Und: Es gibt internationale Handelsgespräche, bei denen Geheimniskrämerei nicht "normal" ist. Im Rahmen der Welthandelsorganisation WTO beispielsweise veröffentlichen alle Mitglieder (darunter die EU) ihre Positionen. Gleiches gilt für die Verhandlungen zur Bekämpfung des Klimawandels im Rahmen der UN. Hier befürchten die Parteien (darunter die EU) anscheinend nicht, dass Transparenz den Erfolg gefährdet.

Selbst Handelsdiplomaten stellen die Geheimhaltungspolitik der EU in Frage. Angesprochen auf die Intransparenz internationaler Handelsverhandlungen, sagte der frühere US-Chef-Verhandler Robert Zoellick jüngst auf einer Veranstaltung: "Ehrlich gesagt, hat

„Ohne die Veröffentlichung des Verhandlungstextes ist es fast unmöglich, die Vorschläge, die das öffentliche Interesse am meisten berühren werden, angemessen zu analysieren. Die genauen Formulierungen sind unerlässlich, um die Auswirkungen des Abkommens als Ganzes zu verstehen.“ Knowledge Ecology International



Geheim?

*Selbst
Handelsdiplomaten
stellen die
Geheimhaltungspolitik
der EU in Frage.*

mich das schon immer gewundert." Die Verhandlungstexte würden sowieso von vielen Menschen gesehen – BeamtInnen, BeraterInnen und LobbyistInnen. Warum also nicht gleich alles veröffentlichen? ⁷

Abstrus wird die Heimlichtuerei, wenn längst bekannte, da durchgesickerte Dokumente nicht offiziell bestätigt werden. So geschehen beim vom Rat verabschiedeten Mandat, auf dessen Basis die EU mit den USA verhandelt. Seit Monaten steht es im Netz.⁸ Als Frankreich aber im Oktober 2013 den Antrag stellte, das Mandat auch offiziell zu veröffentlichen, blockierten die meisten EU-Mitgliedsländer, darunter Deutschland: Das könnte die Gespräche gefährden.

Worum geht es bei der Geheimniskrämerei wirklich? Darum, ein Abkommen vor der Öffentlichkeit zu verstecken, gegen das sich Menschen wehren würden, wenn sie seine Implikationen verstünden. Ein Abkommen, das die Qualität unserer Lebensmittel ebenso gefährden könnte, wie unsere Gesundheitsversorgung, Maßnahmen zum Schutz der Umwelt und die zarten Versuche zur Stabilisierung der Finanzmärkte (siehe den Beitrag von Reinhild Benning).

**THESE 3:
PARLAMENTE SPIELEN IN DEN VERHANDLUNGEN KEINE ROLLE**

In öffentlichen Debatten wird die Europäische Kommission nicht müde zu betonen, dass die TTIP-Verhandlungen demokratisch legitimiert seien. Das Europaparlament werde auf dem Laufenden gehalten und könne sich früh äußern. Gemeinsam mit den nationalen Parlamenten müsste es das zukünftige Abkommen am Ende ratifizieren – und hätte damit auch die Chance, es abzulehnen.

In Wirklichkeit fehlt vielen Europaabgeordneten die Kapazität, die Stapel von hoch technischen Papieren zu analysieren, die die globale Handelsagenda der EU produziert. Laut einer Mitarbeiterin im Europäischen Parlament landen in den Büros der Abgeordneten im Ausschuss für internationalen Handel wöchentlich zwischen 500 und 1000 Seiten, die es zu verstehen und bewerten gilt. Damit werde eine "falsche Transparenz" geschaffen, bei der "Du zwar tausende Seiten zu sehen bekommst, aber nicht weißt, worum es wirklich geht."



Und was ist mit der Macht, das Abkommen am Ende ratifizieren zu müssen? Sie ist beschränkt auf ein "Ja" oder ein "Nein" zu einem Vertrag, der am Ende tausende Seiten umfassen wird. Problematische Kapitel können dann nicht mehr gestrichen oder verändert werden.

Es ist also kein Wunder, wenn WissenschaftlerInnen die EU-Handelspolitik als ein Politikfeld beschreiben, das von "einem Komitee nicht-gewählter TechnokratInnen" gelenkt wird, "die glauben, dass Handelsliberalisierung etwas Gutes ist und die von politischem Druck und öffentlicher Meinung weitgehend abgeschnitten sind."⁹ Wohlgedenkt: Mit den TechnokratInnen ist die Kommission gemeint, die in den Verhandlungen mit den USA beansprucht, die Interessen "der EU" zu vertreten.

THESE 4: DIE EU FOLGT BEIM TTIP DEN WÜNSCHEN TRANSNATIONALER KONZERNE

In ihrem Transparenz-Factsheet zum geplanten transatlantischen Handelsabkommen behauptet die Kommission, dass "die Zivilgesellschaft eine zentrale Rolle in den Verhandlungen" spiele und dass sich die EU an den Informationen orientiere, die sie von "der Öffentlichkeit" erhalten habe. Laut Kommission reflektieren diese Informationen "ein breites Spektrum an Meinungen".¹⁰

In Wirklichkeit interessiert sich die Kommission hauptsächlich für die Interessen transnationaler Kapitalakteure. Ganze 119 Mal hat sie sich zur Vorbereitung der Verhandlungen hinter verschlossenen Türen mit VertreterInnen großer Konzerne und ihren Lobbygruppen getroffen – und nur ein paar Mal mit Gewerkschaften und VerbraucherschützerInnen. Als die TTIP-Gespräche im Februar 2013 angekündigt wurden, hatte sich die Kommission ausschließlich mit VertreterInnen der Kapitaleseite zusammengesetzt.¹¹

Die Beiträge zur öffentlichen Konsultation der EU kamen ebenfalls fast ausschließlich von Konzernen und Unternehmensverbänden. Ein Blick auf den Fragebogen verrät, warum. Oder wie hätten Sie auf Fragen wie diese geantwortet: "Wenn Sie sich um Investitionsbeschränkungen sorgen, was sind dann die geschätzten zusätzlichen Kosten für ihre Geschäftstätigkeit (prozentual zur Investition) infolge dieser Beschränkungen?"¹² Offensichtlich ging es nicht um die Interessen von ArbeitnehmerInnen, Arbeitslosen, VerbraucherschützerInnen, Umwelt- oder NetzaktivistInnen (siehe auch den Beitrag von Arnd Spahn).

Unternehmen und ihre Lobbygruppen werden dagegen oft und frühzeitig angehört. Und ihre Vorschläge werden von der EU teils zur Verhandlungsgrundlage gemacht. Das offenbarte ein Artikel der New York Times vom 8. Oktober 2013 über interne Kommissionspapiere, in denen wiederum Vorschläge von BusinessEurope und der American Chamber of Commerce analysiert wurden. Die Vorschläge behandelten den Bereich der "regulatorischen Kooperation" zwischen der EU und den USA. Offensichtlich war die Kommission bereit, das entsprechende TTIP-Kapitel nach den Wünschen der Konzernlobbies zu strukturieren.¹³

Und diese Wünsche haben es in sich. BusinessEurope und die American Chamber of Commerce fordern beispielsweise, dass im TTIP ein Verfahren der "regulatorischen Verhandlung" festgelegt wird, nach dem Gesetze in der EU und den USA in Zukunft von Konzernen mit verfasst würden. Wörtlich heißt es: "Interessengruppen würden mit Regulierern zusammen an einem Tisch sitzen, um gemeinsam Gesetze zu schreiben." Kein Wunder, dass die Lobbygruppen im TTIP einen "game changer" (etwa: Spielregel-Veränderer)¹⁴ sehen, der die Art und Weise, wie in Zukunft dies- und jenseits des Atlantiks Gesetze erlassen werden, dramatisch in ihrem Interesse verändern wird (übrigens auch durch die geplanten Investor-Staat-Klagerechte, siehe den Beitrag von Karen Hansen-Kuhn und Hannes Lorenzen).



Offensichtlich geht es nicht um die Interessen von ArbeitnehmerInnen, Arbeitslosen, VerbraucherschützerInnen und Umwelt- oder NetzaktivistInnen



DEN DRUCK ERHÖHEN

Diesen Angriff auf die Demokratie gilt es zu verhindern. Für AktivistInnen, Medien und gewählte Abgeordnete heißt das, die Verhandlungen soweit es geht an die Öffentlichkeit zu zerren – in öffentlichen Debatten, durch das Publizieren zugespielter Verhandlungsdokumente, durch kritische Analysen in Medien und Nachfragen im Parlament. Es heißt aber auch, den Druck auf EU und Bundesregierung zu erhöhen sowie das TTIP mindestens so lange klar abzulehnen und dagegen mobil zu machen bis das, was dort angeblich in unserem Namen verhandelt wird, öffentlich gemacht ist.



Pia Eberhardt arbeitet seit fünf Jahren für die lobbykritische Organisation Corporate Europe Observatory (CEO). Sie hat Politikwissenschaften in Köln und Globale Politische Ökonomie in Kassel studiert.
pia.eberhardt@corporateeurope.org

Literaturverzeichnis

- 1 Europäische Kommission (2013): How much does the TTIP have in common with ACTA?, S. 4. Dieses, wie auch alle weiteren englischen Originalzitate wurden von der Autorin übersetzt.
- 2 Ebd.
- 3 Europäische Kommission (2013): EU publishes initial TTIP Position Papers, 16. Juli, <http://trade.ec.europa.eu/doclib/press/index.cfm?id=943> [21-10-2013].
- 4 Brief von Ignacio Garcia Bercero an Daniel Mullaney, 5. Juli 2013, http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2013/july/tradoc_151621.pdf, http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2013/july/tradoc_151621.pdf [21-10-2013]. Eigene Hervorhebungen.
- 5 Kommentar von Knowledge Ecology International zur US-Konsultation zum TTIP, 9.05.2013, <http://keionline.org/node/1718> [21-10-2013].
- 6 Europäische Kommission (2013): Factsheet. Transparency in EU trade negotiations, S. 4.
- 7 Siehe ab Minute 36' in folgender Aufzeichnung der Veranstaltung "The Trans-Pacific Partnership: New Rules for a New Era", Wilson Center, 19.06.2013, <http://www.wilsoncenter.org/event/the-trans-pacific-partnership-new-rules-for-new-era>.
- 8 Rat der Europäischen Union (2013): Directives for the negotiation on the Transatlantic Trade and Investment Partnership between the European Union and the United States of America, 17. Juni, <http://www.s2bnetwork.org/fileadmin/dateien/downloads/EU-TTIP-Mandate-from-bfntv-June17-2013.pdf> [21-10-2013].
- 9 Richard Baldwin, Professor für internationale Ökonomie am Genfer Hochschulinstitut für internationale Studien, zitiert nach folgendem Reuters Artikel: <http://in.reuters.com/article/2011/07/01/idINIndia-58036020110701> [21-10-2013].
- 10 Europäische Kommission (2013): Factsheet. Transparency in EU trade negotiations, S. 2, 5.
- 11 Corporate Europe Observatory (2013): European Commission preparing for EU-US trade talks: 119 meetings with industry lobbyists, <http://corporateeurope.org/trade/2013/09/european-commission-preparing-eu-us-trade-talks-119-meetings-industry-lobbyists> [21.10.2013].

- 12 Public consultation on the future of EU-US trade and economic relations,
<http://babcsf.org/uploads/Cion%20consultation%20on%20EU-US%20trade%281%29.pdf> [21.10.2013].
- 13 Hakim, Danny (2013): European Officials Consulted Business Leaders on Trade Pact, in: New York Times, 8. Oktober.
- 14 Der Begriff "game changer" entstammt einem internen Kommissionsprotokoll eines Treffens, bei dem die entsprechenden Vorschläge von BusinessEurope und der American Chamber of Commerce diskutiert wurden, siehe hier: <http://corporateeurope.org/sites/default/files/minutes-commission-be-chamber-meeting.pdf>; die Vorschläge selbst, inklusive der Bewertung durch die Europäische Kommission finden sich hier: <http://corporateeurope.org/sites/default/files/commission-assess-ment-bechamber-paper.pdf> [21-10-2013].

Fotos

Fotolia.com: Aktentasche, Neyro

123rf.com: Besprechung, Oleksandr But

istockphoto.com: Kamera, tomisz / Gruppe, shapecharge

depositphoto.com: Hand mit Zettel, exopixel / Mann im Anzug, zitto / Mann im Anzug Rücken, yuliang11

wikipedia: Parlament



US-GROSSAGRARWIRTSCHAFT STÖSST AUF EU-KLEINBAUERN

AUF BUSTOUR IM MEGASTALL

Stephan Börnecke



Bustour durch den Kuhstall.

Der Sightseeing-Bus rollt durch keine sehenswerte Altstadt, fährt nicht zu Sehenswürdigkeiten oder geschichtsträchtigen Stätten. Nein, dieser Bus mit einigen neugierigen US-Amerikanern an Bord tuckert durch einen Kuhstall.

Keinen gewöhnlichen Stall natürlich, sondern durch einen der Fair Oaks Farms im US-Staat Indiana, nicht weit von Chicago entfernt. „Das hier ist eine der größten Milch-Farmen des Landes“ beginnt der Reporter der New York Times im März dieses Jahres seinen schwärmerischen Bericht. Mehr als 37 000 Kühe werden dort gemolken, und zwar dreimal am Tag.

Den Stall präsentieren die Farmer ihren Gästen aus der Stadt gerne. Auch die mit dem Dung der Kühe betriebene, 12 Millionen Dollar teure Biogasanlage, ihr Café, den Geschenke-Shop, das 4-D-Kino und eine „kinderfreundlich“ aufgebaute Ausstellung rund ums Thema Milch. Landwirtschaft kann in den USA eben zweierlei bedeuten: Event und Produktion – in Größenordnungen, die in Europa kaum vorstellbar sind.



Riesige Milchviehbetriebe in den USA

Die „American Dairy Association“, eine Marketingorganisation der US-Milchindustrie, wiederholt eine nur auf den ersten Blick sympathische Rechnung allzu gerne: 97 Prozent der US-Milchfarmen seien im Besitz einer bäuerlichen Familie. Auch die Eigner der Fair Oaks Farms, das mag Europäer erstaunen, sehen sich als ganz normalen bäuerlichen Familienbetrieb an. Die PR-Profis stellen die US-Milchwelt als eine klein strukturierte Oase vor. Doch das spiegelt die Realität unzureichend wider und gaukelt eine Welt vor, die der Vergangenheit angehört.

Das International Farm Comparison Network hat schon 2010 die Zahl der verbliebenen marktrelevanten Milchviehbetriebe der USA auf gerade noch „30 bis 40 Familien“ beziffert. Diese wenigen Clans haben das Geschäft mit der US-Milch in der Hand. Sie betreiben professionell gemanagte Farmen mit in der Regel mehr als 2000 Kühen. Wenn auch Höfe mit 30 000 Kühen selbst in den USA die Ausnahme sein mögen: Betriebe mit einigen tausend Rindern finden sich nicht nur im Norden der USA, sondern auch in Kalifornien oder Texas. In Europa hingegen gibt es sie allenfalls in der Ukraine oder in Russland.

Aber wie lange noch nur dort? Vorerst scheint der Versuch einiger Forscher Briten gescheitert, in der Grafschaft Lincolnshire Westeuropas größten Milchbetrieb mit 8100 Kühen aufzubauen. „Factory farm“ nannte die britische Tageszeitung „The Guardian“ das Unterfangen. 40 Millionen Pfund wollten drei Farmer in den East Midlands in ihre Noc-ton Dairy Farm investieren, um dort ein „Flaggschiff für die Agrarindustrie“ entstehen zu lassen. 8100 Tiere – das ist weit mehr, als selbst die größten ostdeutschen Produktionsgenossenschaften zu bieten haben, sie kommen auf wenig mehr als 2000 Kühe. Im

Westen liegt das Limit bei meist 800. Der Durchschnitt eines deutschen Milchhofs gar liegt bei nur knapp 50 Kühen.

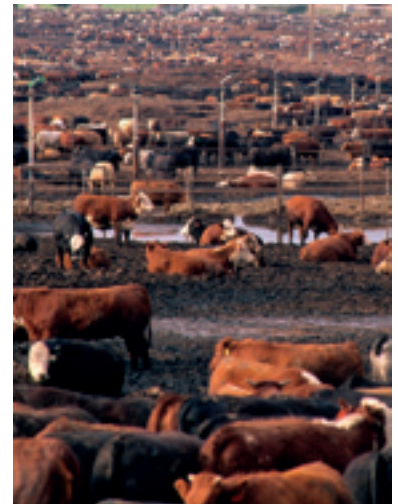
Das Projekt Nocton Dairy Farm scheiterte zunächst am Widerstand der britischen Bevölkerung. Die Investoren aber machen weiter. Zwei von ihnen pachteten vor wenigen Monaten 150 Kilometer vor den Toren von Budapest eine 1000-Kühe-Farm. David Barnes, einer der Investoren, stuft das Investment laut „Farmers Weekly“ herab: „Das ist nur ein kleines Projekt.“ Nähern wir uns in Europa also bald doch US-amerikanischen Dimensionen?

Der Deutsche Stefan Dürr hat es mit seiner Farm vorgemacht. Dessen Ekoniva-Gruppe ist eines der größten russischen Agrarunternehmen. 16 800, auf vier Standorte verteilte Milchkühe, scheinen den Takt vorzugeben. Der größte Betrieb beherbergt allein 11 450 Kühe. Die jährlich erzeugte Milchmenge von mehr als 84 Millionen Litern machen Ekoniva zum größten Milchproduzent Russlands.

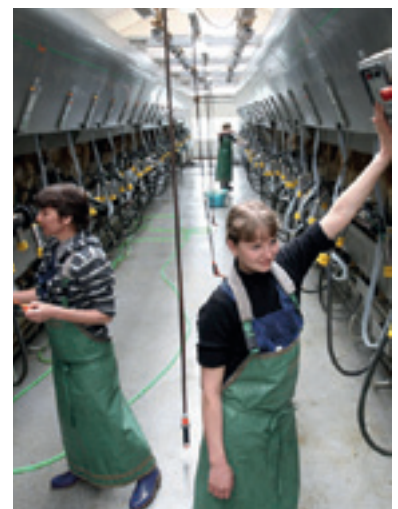
Noch werden in der EU die Grenzen aber ganz anders gezogen. Denn hier gilt den Statistikern die Grenze zwischen großen und kleinen Milchviehbetrieben bereits bei 100 Kühen, wengleich sich auch in der EU die Grenzen verschieben. Unter Hinweis auf die Baugesetzgebung zieht der neue niedersächsische Landwirtschaftsminister Christian Meyer (Grüne) die Obergrenze für eine bäuerliche Tierhaltung bei 1500 Schweinemast- und 600-Rinder-Plätzen. Prompt hieß es im Fachblatt Topagrar: „Kritiker bemängeln das Ungleichgewicht dieser Grenzen bezüglich der Einkommensmöglichkeiten: Auf 600 Milchkühen könne eine Zukunft aufgebaut werden, auf 1500 Schweinemastplätze nicht mehr.“ Wegen dieser allmählichen Grenzenverschiebung nach oben, den 50 durchschnittlichen Kühen stehen 600 als zukunftsweisend angesehene entgegen, verschleiert der statistische Vergleich die wahren Trends ein wenig, den etwa der Situationsbericht 2013 des Deutschen Bauernverbands zieht: Demnach werden 61 Prozent der 87,4 Millionen EU-Rinder in Betrieben mit mehr als 100 Tieren gehalten.

In Dänemark oder dem Vereinigten Königreich kommen vier Fünftel der Milch aus Betrieben mit mehr als 100 Kühen. In Deutschland stehen heute 69 Prozent der Rinder in solchen Beständen. Sie machen aber nur 24 Prozent der Betriebe aus. Im Vergleich: In den USA kommt 85 Prozent der Milch von Höfen, die oft weit mehr als 100 Kühe, eben oft Tausende von Tieren melken, was in Deutschland noch eher die Ausnahme ist. Die Zahl der Milchbauern sank in Deutschland innerhalb von zehn Jahren von fast 140 000 auf knapp über 80 000. Im Vergleich: In den USA, wo 3,5 mal mehr Menschen leben, gibt es noch rund 51 000 Milchbauern. 88 Prozent haben seit 1970 aufgegeben.

Schon bei der Milch wird klar: Es treten zwei völlig unterschiedliche landwirtschaftliche Systeme innerhalb des Freihandelsabkommens gegeneinander an. Das wird auch deutlich bei einem Blick auf die Strukturen des US-Landwirtschaftssystems: Die Durchschnittsgröße der Betriebe liegt bei 180 Hektar, in der EU-28 bei gerade zwölf. Zwar gilt auch in den USA die Hälfte der 2,2 Millionen Farmer als „small“. Doch zur Kategorie „small“ zählen in den USA eben auch Höfe, die 250 000 Dollar (182 000 Euro) Bruttoeinkommen aus der Landwirtschaft erreichen.



Farmen werden zu Fabriken.



Ekosem-Agrar beschäftigt 2900 Mitarbeiter.

Zur Kategorie „small“ zählen in den USA auch Höfe, die 182 000 Euro Bruttoeinkommen aus der Landwirtschaft erreichen.

Zwei Prozent der US-Farmen stehen für die Hälfte der Erzeugung



Im Vergleich: Ein durchschnittlicher deutscher Hof erzielt einen Jahresgewinn von 35 000 Euro, der durchschnittliche Umsatz liegt bei 137 386 Euro. Damit ist ein durchschnittlicher deutscher Landwirt in den Augen der US-amerikanischen Agrarstatistiker in jedem Fall ein Kleinbauer.

Das große Geld wird in den USA von nur einer Handvoll Unternehmen erzielt: 40 800 der 2,2 Millionen Farmen zählen dort zu den „sehr großen“. Sie erzielen ein Bruttoeinkommen von jeweils mehr als einer Million Dollar, haben eine durchschnittliche Größe von 1200 Hektar. Diese Höfe, sie machen gerade zwei Prozent der US-Farmen aus, stehen aber für die Hälfte der Erzeugung.

Dahinter verbergen sich Großunternehmen, auch wenn in Hand von Familien, die durch einen hohen Anteil Fremdkapital, hohe Produktionszahlen und ein hohes Einkommen gekennzeichnet sind. Noch aber besteht in den USA ein System, das viel schärfer als in der EU in zwei Teile zerfällt: Denn die Masse der kleinen Farmen steht zwar für 91 aller Höfe. Sie tragen aber nur zu 23 Prozent zur Produktion bei. Satt 22 Prozent der Höfe erzielen sogar weniger als 1000 Dollar im Jahr aus der Landwirtschaft. Eine kleine Gruppe Großbauern, nämlich 187 000 der 2,2 Millionen Farmer, stehen für 63 Prozent der erzeugten und verkauften Agrarprodukte, ergab der US-Agrarsensus 2007. Damit wird klar: Viele der US-amerikanischen Farmen sind Subsistenzbetriebe – sie produzieren nur für sich und nicht für den Markt. Diese Form der Landwirtschaft gibt es in Teilen Europas allerdings auch: etwa in Rumänien. Dort befinden sich heute 3,9 Millionen der 12,1 Millionen europäischen Landwirtschaftsbetriebe. Eine vermutlich vorübergehende Folge der Landrückgabe nach der Wende, denn bis 1990 waren 90 Prozent des Landes in Hand von Genossenschaften und Staatsbetrieben.

Kein Wunder, dass auch ein Bericht der USDA, der US-Landwirtschaftsbehörde, davon ausgeht, dass die Zahl der kleineren Betriebe weiter sinken werde. Sie werden, wie das auch die Organisation Friends of the Earth sieht, in den USA wie in der EU aus dem Geschäft gedrängt. Überdies würden Bauern in den TTIP-Gesprächen generell als pure Rohstoff-Lieferanten betrachtet, ganz so, als gäbe es die Probleme Bodenfruchtbarkeit, Erosion, Grundwasserverschmutzung, Folgen des unmäßigen Pestizidverbrauchs oder des Biodiversitätsverlustes nicht.



Biodiversität?

„Unser Versorgungssystem für Nahrungsmittel ist kaputt“, schrieb vor zwei Jahren der New-York-Times-Autor Mark Bittman. Der Kolumnist und Food-Journalist meint damit den enormen Verbrauch von Antibiotika in der US-Tiermast oder die Verwendung von Hormonen. Rund 20 Prozent der amerikanischen Milchkühe und etwa 80 Prozent der Mastrinder bekommen regelmäßig gentechnisch verändertes bovines Somatotropin, ein leistungssteigerndes Hormon. In Europa sind diese Hormone, die die Milchleistung um 15 Prozent steigern sollen, untersagt. Bittman ärgert der dramatische Verlust an der Vielfalt der angebauten Pflanzen, er beklagt den Verlust von fünf Millionen Farmern seit den 30er Jahren. Klar, sagt der Autor, die industrielle Produktion der Nahrungsmittel hätte die Preise reduziert.

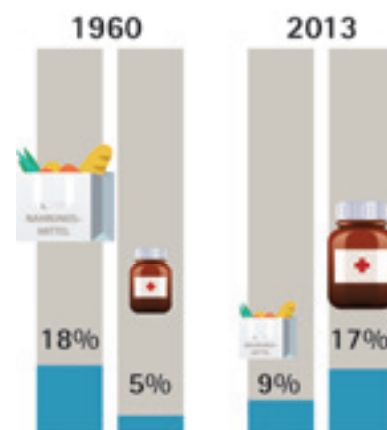
Aber: 1960 hätte der Amerikaner 18 Prozent seines Einkommens für Nahrung und fünf Prozent für die Gesundheit ausgegeben. Heute gingen neun Prozent fürs Essen und 17 Prozent für die medizinische Versorgung drauf. Das ging einher mit einem ungeheuren Konzentrationsprozess in den USA, den die Agrarindustrie durchgemacht hat: „80 Prozent der Rindfleisch-Erzeugung wird kontrolliert von vier Firmen. Drei dieser Firmen wiederum erzeugten 60 Prozent des nationalen Schweinefleisches.“

Auch auf anderen landwirtschaftlichen Märkten oder Bereichen der Lebensmittelindustrie driften die künftigen Partner auseinander: In Deutschland gibt es etwa 100 Pflanzenzuchtunternehmen. In den USA ist das Geschäft mit dem Saatgut Sache einiger weniger Giganten wie Monsanto oder Pioneer.

Sie beherrschen zugleich das Geschäft mit der Gentechnik und stehen damit für eine Landwirtschaft, die in der „New York Times“ als „two-crop-system“ bezeichnet wird: Nur noch zwei Pflanzen, entwickelt, um den Unkrautkillern der Konzerne zu widerstehen und um unter Einsatz jeder Menge Chemie den „höchstmöglichen Profit“ aus dem Boden zu holen. Das Blatt verweist allerdings auf Studien der Universitäten Iowa und Minnesota, die zur Rückkehr zu einem Vier-Pflanzen-Fruchtwechsel raten. Der habe dieselben Erträge, benötige aber weniger Dünger und weniger Herbizide.

Die Realität in den USA ist: 93 Prozent der angebauten Sojabohnen und 88 Prozent der Maispflanzen sind gentechnisch verändert. Doch anders als von der Industrie versprochen, hat der Pestizid-Verbrauch dadurch keineswegs ab-, sondern zugenommen. Allein 2011 seien, so der US-Experte Charles Benbrook, in den USA 35 000 Tonnen mehr Pestizide auf Gen-Äckern verteilt worden als im Vorjahr. Durch die Aussaat von herbizidtoleranten Pflanzen wie Mais, Soja und Baumwolle ist laut Benbrook der Pestizidverbrauch in den USA innerhalb von 16 Jahren um 239 Millionen Kilogramm gestiegen. Dieser zwischen 1996 und 2011 beobachtete Anstieg falle überwiegend zugunsten des Total-Herbizids Glyphosat aus. Zwar sei zugleich die Verwendung von Insektiziden gesunken, und zwar aufgrund des Anbaus von Pflanzen, denen ein Gen des *Bacillus thuringiensis* (Bt) implantiert wurde. Diesen Verbrauchsrückgang taxiert Benbrook aber nur auf 56 Millionen Kilogramm. Unter dem Strich bliebe immer noch ein Plus von 183 Millionen Kilogramm zusätzlich verbrauchter Pestizide übrig. Das entspricht einem Anstieg von sieben Prozent.

Ein Trend, den andere Forscher auch bei Insektiziden ausmachen: Der amerikanische Agrarprofessor Mike Gray von der Universität Illinois erwartet, dass die US-Farmer trotz des Anbaus eines Gen-Mais, der permanent Gifte gegen den Schädling Maiszünsler produziert, immer mehr Insektizide verbrauchen. Der Grund: Den Platz des Maiszünslers nehmen andere Insekten ein, die nun getötet werden müssen. Darüber hinaus entstehen beim Maiszünsler Resistenzen gegen den Gen-Mais. Nach Benbrook ist davon auszugehen, dass etwa 20 bis 25 Millionen Hektar Ackerland in den USA bereits von herbizidresistenten Unkräutern betroffen sind. Benbrook zitiert auch Berechnungen der US Firma DowAgro, nach denen sich die Kosten für die Unkrautbekämpfung dadurch um bis zu 100 Prozent verteuert haben.



Ausgaben für Lebensmittel und medizinische Versorgung.

two-crop-system

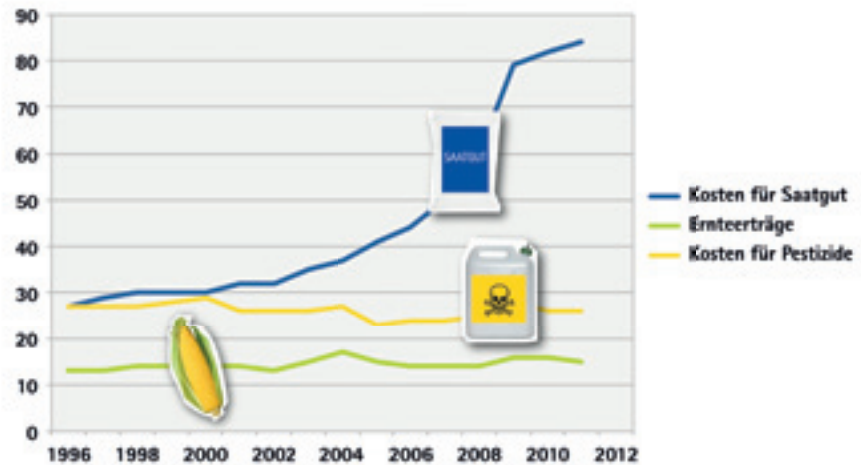


Mais

Soja

Analysiert man hingegen die offiziellen Zahlen des amerikanischen Landwirtschaftsministeriums USDA, so zeigen sich bei gentechnisch veränderten Pflanzen weder steigende Erträge bei der Ernte noch eine deutliche Reduzierung bei den Kosten für Pestizide. Was hingegen stark gestiegen ist, sind die Preise für Saatgut, weil nur noch teures patentiertes Saatgut im Angebot ist, bilanziert der Münchener Wissenschaftler Christoph Then.

Entwicklung der Kosten für Saatgut, Kosten für Pestizide und Ernteerträge (Angaben in 10% der tatsächlichen Erträge) beim Anbau von Mais in den USA von 1996–2011 in US \$.



Quelle: Zahlen des USDA

Es ist diese großtechnische Art der Landwirtschaft, die (nicht nur) in den USA auf Dauer Probleme schafft. Etwa durch ständigen Humusabbau und Bodenerosion. Jedes Jahr verlieren die USA zehnmal mehr fruchtbaren Ackerboden durch Erosion als sich natürlicherweise neu bildet. In manchen Regionen, so ein Report der Environmental Working Group in Zusammenarbeit mit der Universität Iowa, beliefen sich die Bodenverluste in Folge von Stürmen auf 64 Tonnen – bis zu zwölf mal mehr als im Durchschnitt.



Bodenerosion auf Feldern in den USA

Die Verfasser beklagen „unverantwortliche Farmpraktiken, die Amerikas Land und Wasser gefährden“. Pestizide, Dünger und Gülle flößen in die Bäche und Flüsse und würden letztlich den Golf von Mexiko derart kontaminieren, „dass das aquatische Leben vor der Wahl steht, zu fliehen oder zu sterben“. Den wirtschaftlichen Schaden beziffert die Cornell University allein für die USA auf jährlich 37,6 Milliarden Dollar aufgrund geringerer Produktivität der Landwirtschaft.

Ob Subventionen, die in den USA häufig als Zuschuss zur Ernteversicherung gezahlt werden, diesen Verlust ausgleichen können? Klar ist nur eins: Die Behauptung, wonach die EU ihre Landwirte stärker mit Subventionen ausstattet als die USA, ist so nicht haltbar. Es kommt nämlich darauf an, wie man sie berechnet.

„US-Farm-Subventionen dreimal höher als in Europa“, titelte der Fachdienst „Farmers Weekly“ vor einem Jahr und berief sich dabei auf den Think Tank Momagri. Zugrunde gelegt wurden dem Bericht Zahlen von 2010, wonach die Agrarsubventionen in den USA bei 138 Milliarden Dollar lagen und in der EU bei 76 Milliarden Dollar. Wurden diese

Ausgaben auf die Bevölkerung umgerechnet, gaben die USA pro Kopf 422 Dollar Agrarsubventionen aus, die EU aber nur 151 Dollar. Diese ungewöhnliche Diskrepanz erklärt sich unter anderem daraus, dass 54 Prozent der Agrarhilfen in den USA unter dem Etikett „soziale Lebensmittelhilfe“ laufen, tatsächlich aber an den Agrarsektor gezahlt werden.

Die offiziellen Rechnungen, auch der EU, sehen anders aus. Danach, heißt es in einer Vergleichsstudie des Europäischen Parlaments, liege der Anteil der Subventionen europäischer Landwirte an ihren Einkünften bei 20 Prozent, in den USA nur bei sieben Prozent. Doch diese Rechnung berücksichtigt nur Direktzahlungen (sie sind in den USA auf 40 000 Dollar pro Jahr limitiert) oder Preisstützungsmaßnahmen, sie berücksichtigt aber zum Beispiel nicht die Zuschüsse zur Ernteversicherung. Und die können happig ausfallen, wie ein Report des Wirtschaftsdienstes Bloomberg nahelegt: Danach zahlen die US-Farmer nur rund 38 Prozent der Versicherungsrechnung. Den Rest zahlt der Staat, und zwar rund 14 Milliarden Dollar allein im Jahr 2012. Offizielle Begründung: Das Programm helfe, die Verbraucherpreise zu stützen, wenn der Staat die Versicherungen subventioniert und damit wetterbedingte Ernteverluste bei Mais, Soja, Baumwolle und Weizen absichert. Eine Ernte, deren Wert das USDA auf 117 Milliarden Dollar beziffert.

Bloomberg zitiert einen Farmer aus Kansas, der den Unterschied beziffert: Mit Subventionen zahlt der Bauer für die Versicherung 15 bis 20 Dollar je Acre (0,4 Hektar), ohne würde er 50 bis 60 Dollar zahlen. Ohne die kräftigen Zuschüsse würde er sich das nicht leisten können, erzählt der 63-jährige Mike Brown.

Zuschüsse dieser Art verhelfen dem amerikanischen Durchschnittsbauern zu Einkünften, die mit fast 85 000 Dollar 70 Prozent über denen eines typischen Haushalts liegen. Was das im Einzelfall bedeuten kann, hat der Sender Al Jazeera in einem Report dokumentiert: Die oberen zehn Prozent der US-Farmer griffen zwischen 1995 und 2010 rund 74 Prozent der Agrarzuschüsse ab, wobei sich der Sender auf Zahlen der Forschungsgruppe Environmental Working Group stützt. Die unteren 80 Prozent wiederum bekamen nur durchschnittlich 587 Dollar, doch stattliche 62 Prozent der US-Bauern bekamen keinen einzigen Cent! Bloomberg hat auch den Spitzenverdiener ausgemacht: Ein Tomatenanbauer aus Florida strich 2011 satte 1,9 Millionen Dollar staatliche Subventionen ein, während 25 weitere Farmer immer noch mehr als eine Million Dollar abbekamen.

Diese Bilanz zeigt: Bei einem wie auch immer gearteten Freihandelsabkommen stehen sich ungleiche Partner gegenüber. Eine kleine Kaste vermögender US-amerikanischer Großbauern diktiert sowohl das Geschehen der Landwirtschaft im eigenen Land als auch international. Gentechnik, Chemie und ein Humus zehrender, nicht nachhaltiger Landbau stehen gegen die in Europa bestehende Chance der Ökologisierung der Landwirtschaft.

54 Prozent der Agrarhilfen in den USA laufen unter dem Etikett „soziale Lebensmittelhilfe“

Bei einem wie auch immer gearteten Freihandelsabkommen stehen sich ungleiche Partner gegenüber.



Stephan Börnecke war mehr als 30 Jahre Redakteur der Frankfurter Rundschau, zunächst als Reporter, zuletzt fünf Jahre als Wirtschaftsredakteur. Als freier Journalist befasst er sich mit Agrar- und Naturschutzthemen.
stephanboernecke@aol.com



Quellen

Agricultural Subsidies, in: The Economist, 22.9.2012

Mark Bittman: Don't end agricultural subsidies, fix them, in: New York Times, 1.3.2011

Mark Bittman: Hey Chef! Get with the program, in: New York Times, 25.10.2011

Stephan Börnecke: Milchfabrik mit 8100 Kühen, in: Frankfurter Rundschau, 13.4.2010

Philip Case: Nocton farmers buy dairy farm in Hungary, in: Farmers Weekly, 31.1.2013

Comparative Analysis of agricultural support within the major agricultural trading nations,
EU Parliament, May 2012

Alfons Deter: Meyer will Bauern erklären, ab wann ein Betrieb industriell ist, in: Topagrar 10.10.2013

Demographics, in: Environmental Protection Agency, AG 101, 15.4.2013

Deutscher Bauernverband, Situationsbericht 16.10.2013

Robert A. Hoppe u.a.: Small farmers in the United States, persistence under pressure, in:
Economic information bulletin Nr. 63, USDA, Februar 2010

Landwirtschaft in den USA und in Deutschland, in: pflanzenforschung.de, Genios, 20.9.2010

Susan S. Lang: Slow, insidious soil erosion threatens human health and welfare as well as the environment,
Cornell University, 20.3.2006

David J. Lynch mit Alan Bjerga: Taxpayers turn US Farmers into Fat Cats with Subsidies, in:
Bloomberg, 9.9.2013

Soil erosion far worse than reported, in: The Huffington Post, 12.6.2011

Christoph Then: „Die Rache von Käfer & Co. – 20 Jahre kommerzieller Anbau von Gen-Pflanzen in den USA“,
Januar 2013

US farm subsidies three times higher than Europe, in: Farmers Weekly, 29.6.2012

Fotos

www.fairoaksfarms.com: Fair Oaks Farms 2013,

airphotona.com: Erosion & Farm, Jim Wark

www.ekosem-agrar.de: Mitarbeiter, Ekosem-Agrar

Fotolia.com: Acker mit Mähdrescher, Natalia Bratslavsky / Mais, PhotographyByMK

agrarfoto.com: Soja

KOMMENTAR DER EFFAT ZUR AKTUELLEN DEBATTE UM DAS FREIHANDELSABKOMMEN

DAS FREIHANDELSABKOMMEN ZWISCHEN DEN USA UND DER EU (TRANSATLANTISCHE HANDELS- UND INVESTITIONSPARTNER- SCHAFT) AUS SICHT DER EUROPÄISCHEN LANDARBEITERGEWERK- SCHAFTEN

Arnd Spahn

Kritisch bewerteten die Vertreter der Landarbeitergewerkschaften in Europa, anlässlich ihrer Jahrestagung im belgischen Antwerpen Anfang Oktober 2013, die geplante Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft zwischen den USA und der EU. Die vorhergesagten marginalen Zunahmen des Handels zwischen den nord- und mitteleuropäischen Mitgliedstaaten und den USA einerseits und die bedeutende Verringerung des innergemeinschaftlichen Handels zwischen den nördlichen und südlichen Mitgliedstaaten andererseits würden die krisenhaften Auswirkungen in den südlichen Mitgliedstaaten verstärken und die innereuropäische Solidarität verringern. Zusätzlich bestehen Befürchtungen, dass die Zugänge für Landwirtschaftsprodukte aus Drittstaaten – insbesondere auch aus Entwicklungsländern – in den Europäischen Markt erschwert werden. Auch würde ein übergroßer Wirtschaftsblock entstehen, der seine Interessen gegen eine fairere Weltwirtschaftsordnung einsetzen könnte. Da auch keine anderen Vorteile für die Beschäftigten in der europäischen Landwirtschaft absehbar sind, fällt das Gesamtbild der Obama-Barroso-Initiative bei den Gewerkschaften verhalten aus.

Auf der Tagung in Antwerpen dankten die Delegierten der über 60 Gewerkschaften aus 37 europäischen Ländern dem Grünen Europaabgeordneten Martin Häusling für seinen Besuch und für die Darstellung der Problematiken rund um das geplante Mega-Handelsabkommen. Sie betonten ihren Willen, offen in neuen Bündnissen zu agieren.

Die Agrargewerkschafter verfolgen seit Jahren die Handelsgespräche in der WTO und setzen sich dort für eine gerechtere Weltwirtschaftsordnung ein, ohne dabei die besondere Situation in Europa aus den Augen zu verlieren. Insbesondere ein leichter Marktzugang für Entwicklungsländer und der Abbau von arbeitsplatzvernichtenden Exportsubventionen waren immer wieder wichtige Forderungen der Agrargewerkschaften. In Kenntnis der weltweit sehr unterschiedlichen Bewertungen des Agrarsektors sind Ergebnisse in solchen Verhandlungen naturgemäß schwierig – und sie ziehen sich bis hin zum Scheitern.

Landwirtschaft ist einer der wirtschaftlich bedeutendsten Sektoren weltweit – und gemeinsam mit den verarbeitenden Betrieben der Lebensmittelkette stellt sie das größte Segment einer globalen Volkswirtschaft dar. In der EU ist die Bedeutung dieses Sektors oftmals unterbewertet, auch wenn in Ländern wie Deutschland, Frankreich, Spanien und Italien jeweils mehr als 1 Million landwirtschaftliche Arbeitnehmer beschäftigt sind.



Kritik: Es entsteht ein übergroßer Wirtschaftsblock, der seine Interessen gegen eine fairere Weltwirtschaftsordnung einsetzen könnte.



*Die europäische
Landwirtschaft ist
vielfältig strukturiert
und vorwiegend kleinst-
und mittelständig
organisiert.*



*„Die Interessen der
AKP Staaten und der
Dritte-Welt-Länder
dürfen im Interesse der
dort lebenden Menschen
nicht vergessen werden.“*

Arnd Spahn, Agrarsekretär EFFAT

Die EFFAT vertritt in Europa die über 7 Millionen abhängig beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Landwirtschaft sowie wichtige gewerkschaftsnahe Kleinbauernorganisationen aus dem südlichen Europa. Zusätzlich arbeiten und leben in den rund 15 Millionen landwirtschaftlichen Betrieben noch etwa 15 Millionen Betriebsleiter (darunter zu wenig Frauen), die von dem Europäischen Bauernverband COPA vertreten werden sowie etwa 25 Millionen mitarbeitende Familienmitglieder (darunter zu viele Kinder). Die ländlichen Räume wären ohne diese Menschen weder entwicklungs- noch lebensfähig.

In Europa gehört die Landwirtschaft wie in vielen anderen Kontinenten zur Urproduktion. Sie ist dort weder handwerklich noch industriell strukturiert, auch wenn in ihr handwerkliche und industrielle Betriebsstrukturen bestehen. Sie ist boden- und wetterabhängig. Sie kann lokal und regional hochwertige Lebensmittel und lebenswerte Landschaften erzeugen. Sie verdrängt im Verhältnis zu anderen menschlichen Wirtschaftsaktivitäten am wenigsten die natürlichen Lebensgrundlagen.

Die europäische Landwirtschaft ist vielfältig strukturiert und vorwiegend kleinst- und mittelständig organisiert. Industrielle Arbeitsbeziehungen bestehen nur in wenigen Regionen und die soziale Lage der Landarbeiter ist oftmals unzureichend. Vor allem in den südlichen Mitgliedstaaten der EU sind die Arbeitsbedingungen von Wanderarbeitern häufig menschenunwürdig und von kriminellen Menschenhändlern und Sklavenhaltern organisiert. Die Agrargewerkschaften kämpfen deshalb für die Integration von Saisonarbeitern und betonen deren wichtige Beiträge für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Sektors.

Von der Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) werden die landwirtschaftlichen Arbeitnehmer in Europa nicht profitieren. Dies ist die Schlussfolgerung der EFFAT Delegation anlässlich der Anhörung der Generaldirektion Landwirtschaft der Europäischen Kommission am 30. September 2013 in Brüssel.

Enttäuscht waren die EFFAT-Vertreter von der Vorstellung der EU Kommission. Statt die Ziele und Schritte der Verhandlungsdelegation zu erläutern und für diese Ziele zu werben, habe die Kommission wiederholt gebeten, doch auf Lösungen zu vertrauen. „Transparenz als Teil von 'good governance' setze aber voraus, diese Lösungen zu präzisieren und damit den Partner in solchen Anhörungen auch ernst zu nehmen“, forderten die EFFAT-Vertreter.

Die EFFAT befürchtet erhebliche negative Auswirkungen vor allem auf die Arbeitsplätze in den südlichen Mitgliedstaaten und in den AKP-Ländern. „Wenn als Folge der neuen europäisch-amerikanischen Partnerschaft der innereuropäische Handel mit den südlichen Mitgliedstaaten um 20 Prozent zurückgehen wird, dann wollen wir Lösungen für diese negativen Auswirkungen, bevor den USA Marktöffnungsangebote gemacht werden“, forderten die Gewerkschafter. Die Interessen der AKP Staaten und der Dritte-Welt-Länder dürften im Interesse der dort lebenden Menschen nicht vergessen werden, so der Agrarsekretär, der auch keinen Bedarf für Marktöffnungsangebote durch die europäische Verhandlungsdelegation bis Ende 2013 sieht.

Die EFFAT lehnt die vorgesehenen Schiedsgerichte (Investor-Staat-Streitbeilegungsmechanismus) ab und fordert, dass (neben vielen anderen sensiblen außer-landwirtschaftlichen Branchen) die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) mit ihren Mechanismen aus den Verhandlungen über diesen Mechanismus ausgeklammert wird: „Der Mechanismus soll es Investoren ermöglichen, im Falle der Gefährdung ihrer Profite gegen politische Maßnahmen von EU Staaten direkt vor internationalen Schiedsgerichten zu klagen. Das ist überflüssig“, schlussfolgerten die EFFAT Vertreter. Die Gewerkschafter unterstützen die Ausführungen des Grünen Europaabgeordneten Martin Häusling, der in diesem Zusammenhang das Primat der Politik vor Wirtschaftsinteressen einforderte.

Die EFFAT setzt sich in den Verhandlungen für die Anerkennung der Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation ein und fordert die europäische Verhandlungsdelegation auf, sich gegenüber ihren amerikanischen Partnern dafür einzusetzen, dass die USA die 6 (von acht) noch nicht ratifizierten Kernarbeitsnormen umgehend in nationales Recht überführen soll.

Auch fordert die EFFAT in den Verhandlungen bei grenzüberschreitenden Arbeiten eine enge Kooperation zwischen den zuständigen Verwaltungs- und Justizstellen sowie die strikte Anwendung des vor Ort geltenden Arbeits- und Sozialrechtes einschließlich der Gewährleistung des Rechtes der Gewerkschaften auf Tarifverträge.

Bisher völlig unbeantwortet sind die Fragen der landwirtschaftlichen Arbeitnehmer zur Verteidigung der europäischen Sozial-, Verbraucherschutz- und Umweltstandards in den Verhandlungen. Hier prallen zwei Welten aufeinander, die unvereinbar erscheinen. Auf der einen Seite steht ein auf industrieller Basis aufgebautes nordamerikanisches Agrarsystem und auf der anderen Seite das oben beschriebene europäische Landwirtschaftssystem. Lösungen für kurz- und langfristige Probleme fallen in diesen Systemen unterschiedlich aus. Die zu lösenden Probleme gehen über die Anwendung von gentechnisch veränderten Organismen oder europäischen Ursprungskennzeichnungen hinaus: Es ist die grundlegend andere Bewertung von Landwirtschaft als unverzichtbarer Teil der Gesellschaft, die in Europa bisher eine totale Industrialisierung der Landwirtschaft verhindert hat.

Auch über den eigentlichen Landwirtschaftsbereich hinaus setzt sich die EFFAT für eine umfassende Beteiligung der Öffentlichkeit ein. Denn nur so kann das Misstrauen zwischen den Menschen und den beteiligten Akteuren abgebaut werden. „Wenn selbst die EU-Justizkommissarin Reding bis zur Klärung aller offenen Abhörvorwürfe die Aussetzung der Handelsgespräche fordert, wie können dann die Bürger für eine solche Idee begeistert werden?“, schlussfolgerten die Teilnehmer.

Es gibt also noch viele Fragen zu klären, bevor die Obama-Barroso-Initiative von den europäischen Landwirtschaftsgewerkschaften unterstützt werden kann. Aber ob die Akteure überhaupt gesellschaftliche Unterstützung suchen, ist noch zweifelhaft. Doch wer glaubt, gegen Gewerkschaften, Zivilgesellschaft und Abgeordnete in Geheimverhandlungen seine eigene Welt bauen zu können, kann zumindest scheitern. Die Geschichte hat dies mit ACTA und dem MAI¹ schon früher gezeigt (siehe auch Beitrag von Pia Eberhardt).



Die Kernarbeitsnormen sind Sozialstandards im Rahmen der Welthandelsordnung, die menschenwürdige Arbeitsbedingungen und einen hinreichenden Schutz gewährleisten sollen. Sie wurden 1998 in einer Deklaration der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) niedergelegt.

Es ist die grundlegend andere Bewertung von Landwirtschaft als unverzichtbarer Teil der Gesellschaft, die in Europa bisher eine totale Industrialisierung der Landwirtschaft verhindert hat.





Arnd Spahn

Agrarsekretär der Europäischen Föderation der Gewerkschaften
Lebensmittel-Landwirtschaft-Tourismus (EFFAT), Brüssel.

a.spahn@effat.org

1 ACTA: Das Anti-Counterfeiting Trade Agreement (deutsch Anti-Produktpiraterie-Handelsabkommen) ist ein geplantes multilaterales Handelsabkommen auf völkerrechtlicher Ebene. Die teilnehmenden Nationen bzw. Staatenbünde wollen mit ACTA internationale Standards im Kampf gegen Produktpiraterie und Urheberrechtsverletzungen etablieren; in Deutschland wird es deshalb entsprechend der englischen Bezeichnung auch häufig als Anti-Piraterie-Abkommen bezeichnet. Nach umfangreichen, internationalen Protesten lehnte das Europäische Parlament ACTA am 4. Juli 2012 mit großer Mehrheit ab.

MAI: Das Multilaterale Abkommen über Investitionen (MAI) ist ein internationales Vertragswerk zwischen transnationalen Konzernen, den OECD-Staaten und der Europäischen Union. Es hätte in den Unterzeichnerstaaten direkte Auslandsinvestitionen fördern sollen. Dazu hätten die Rechte internationaler Investoren umfassend gestärkt werden sollen.

Fotos

123rf.com: Erntehelfer bei der Erdbeernte, Ruud Morijn

WAS VERBRAUCHER AM GEPLANTEN FREIHANDEL GAR NICHT MÖGEN

Reinhild Benning

Verbraucher- und Umweltverbände wünschen sich schon heute oft strengere Lebensmittelstandards in der EU. Das Freihandelsabkommen würde jedoch im Gegenteil die Standards aufweichen. Es geht vor allem um die Regeln der Kennzeichnung auf Lebensmitteln, um Gentechnik, um Hormoneinsatz in der Fleisch- und Milchproduktion, es geht um Klonfleisch, chlorbehandeltes Hähnchenfleisch, um die Transparenz bei Zulassungsverfahren für Arzneimittel und um erlaubte Höchstmengen bei Pestizidrückständen. Verbraucher in den USA sorgen sich unterdessen, dass Medikamente etwa von Bayer oder BASF weniger streng geprüft werden könnten, bevor sie in amerikanischen Apotheken landen.

Das transatlantische Freihandelsabkommen würde allen voran der US-amerikanischen Agrarindustrie, im Gegenzug für die EU-Autoindustrie, leichtere Marktzugänge zum jeweils anderen Ufer verschaffen. Hormonfleisch- und Gentechniksaatgut ohne Kennzeichnung gegen steigende Autoexporte? Es scheint, die Vorteile des Freihandels konzentrieren sich auf wenige Profiteure.

Bei tierischen Produkten können Verbraucher in der EU ebenso wenig wie in den USA im Supermarktregal erkennen, ob Fleisch, Eier oder Milch mit Gentechnik-Futter erzeugt wurden. Pflanzliche Lebensmittel müssen in der EU aber gekennzeichnet werden, also etwa Cornflakes aus Gentechnik-Mais. Die Folge dieser Kennzeichnungspflicht: Als gentechnisch verändert ausgewiesene Produkte sind in der EU praktisch unverkäuflich. Und deshalb gibt es so gut wie keine auf dem Markt.

Eine konstant große Mehrheit von 70-80 Prozent der Verbraucher in der EU lehnen Gentechnik in der Landwirtschaft und im Essen ab. Mit ihrer Kaufentscheidung können sie jedoch bisher ausgerechnet da der Gentechnik keine Absage erteilen, wo sie über Importe aus Süd- und Nordamerika massiv zum Einsatz kommt: beim Tierfutter, das zu einem großen Teil gentechnisch verändert ist. Deshalb fordern Umwelt- und Verbraucherverbände, dass auch Produkte von Tieren, die Gentechnik-Futter bekommen haben, ein Gentechnik-Label tragen. Das aber ist das letzte, was Agrarkonzerne wie Bayer, BASF und Monsanto wollen. Ihnen ist jedwede Gentechnik-Kennzeichnung ein Dorn im Auge. Ihr Ziel ist es: mit dem Freihandelsabkommen die Kennzeichnungspflicht ganz zu streichen und so Handelshemmnisse abzuschaffen, um einen ungehinderten, freien Markt für ihre Gentechnik-Produkte zu schaffen.



1999 nahm Nestlé den Schokoriegel „Butterfinger“ in Europa vom Markt. Er enthielt gentechnisch veränderten Mais und wurde von den Kunden nicht angenommen.

Quelle: spiegel.de, 26.05.2010





*Wir haben schon
Hormone in der Tierzucht
und sollen noch weitere
Hormone auch in der
Tiermast gut finden –
ohne Kennzeichnung.*



PRINZIP VORSORGE ODER GESETZE ERST NACH DER SCHÄDIGUNG VON VERBRAUCHERN?

Seit 1988 streiten die EU und die USA über die Bewertung des Hormoneinsatzes in der Tierhaltung. Nachdem die EU 1988 ein Importverbot für Hormonfleisch und -milch beschlossen hatte, verhängten die USA im Gegenzug massive Strafzölle auf einige europäische Agrarprodukte wie etwa den französischen Edelkäse Roquefort.

Was wie ein Förmchenstreit klingt, ist ein Widerstreit zwischen fundamentalen Grundwerten. Die EU plädiert auf Vorsorge bei Bedenken. Die USA verlangen im Prinzip das Gegenteil mit „Sound Science“, in der Praxis vielleicht am ehesten zu übersetzen mit ‚Beweise auf den Tisch oder Grenzen öffnen für Hormonfleisch! Die Beweislast liegt bei der Definition von Handelsbarrieren nach US-Konzern-Verständnis eher bei den (potenziell) Geschädigten. Dabei warnen sogar US-Veterinärmediziner vor Östradiol, dem am häufigsten eingesetzten Masthormon, es gilt als potenziell krebserregend und erbgutschädigend. Krebsforscher kritisieren Hormone als Mastbeschleuniger, bei Frauen steige das Risiko an Brustkrebs, bei Männern an Prostatakrebs zu erkranken.¹

Unterdessen erlaubt auch die EU „therapeutische“ Einsätze von Sexualhormonen in der Intensivtierhaltung – ohne Kennzeichnung des Fleisches aus dieser Intensivproduktion. Je größer eine Zuchtanlage, desto wahrscheinlicher der Hormoneinsatz². Auch Steroide kommen zum Einsatz, die als krebserregend gelten.

Mit dem US-EU-Freihandel könnten noch mehr Wachstumshormone hinzukommen, die in den USA regulär in der Rindfleischproduktion eingesetzt werden³ und BST, ein Hormon, das die Milchleistung je Kuh massiv steigert. Beides ist in Europa bisher verboten, weil die krebserzeugende Wirkung insbesondere von BST schon seit Ende der 1980er Jahre belegt ist⁴.

VERBRAUCHER AUF BEIDEN SEITEN DES ATLANTIKS FORDERN GESUNDE LEBENSMITTEL UND EINDEUTIGE KENNZEICHNUNGSGESETZE

In den USA zwingt ein Verbraucherboykott gegen BST immer mehr große Lebensmittelkonzerne dazu, auf „BST-freie“ Milch umzuschwenken. Ähnlich wie hierzulande das freiwillige Label „ohne Gentechnik“ den Markt für gentechnikfreie Milchprodukte und Fleischwaren massiv gestärkt hat. Die beteiligten Nichtregierungsorganisationen fordern gleichwohl weiterhin energisch verpflichtende Kennzeichnungen für BST bzw. Gentechnik statt nur freiwilliger oder privater Label.

Am Ende des Jahrzehnte währenden Handelsstreites über Hormonfleisch stellten die USA 2009 ihre Strafzölle auf EU-Agrarprodukte ein – unter der Bedingung, dass langfristig eine weitergehende Lösung gefunden werden müsse. Die EU gewährte im Gegenzug die zollfreie Einfuhr für Nicht-Hormon-Fleisch aus den USA in steigendem Umfang. Und sie stellte das Freihandelsabkommen in Aussicht. Bäuerlichen Betrieben scheint klar zu sein, dass Verbraucher in Europa Hormonfleisch ablehnen⁵. Großbetriebe scheinen sich darauf zu verlassen, dass ihr Verhalten unentdeckt bleibt.

DER ERFOLG DES FREIHANDELS HÄNGT ZU RUND 80 PROZENT VOM ABBAU VON STANDARDS UND KENNZEICHNUNGEN AB

Zu rund 80 Prozent hängt der prognostizierte Gewinn aus dem Freihandelsabkommen davon ab, ob Verbraucherinnen und Verbraucher weniger informiert werden und mehr ungewollte Industriebesamittel ohne Kennzeichnung schlucken⁶. Viele verstehen unter Freihandel die Abschaffung von Zöllen auf US-Produkte, die in die EU gelangen. Doch den Marktanalysen der Kommission zur Folge, hätte zum Beispiel US-Gentechnik-Essen auch ganz ohne Zölle keine Chance in der EU, weil die Kennzeichnungsregeln Verbraucher vom Kauf abhalten. Daher ist die Beseitigung der Kennzeichnungs- und Hygienestandards sowie der Nachhaltigkeitsregeln für Dienstleistungen und öffentliche Beschaffung DER Erfolgsschlüssel aus Sicht der Freihandelsbefürworter – so auch der EU-Kommission.

SCHÖNRECHNEREI UND AUGENWISCHEREI

Freihandelsbefürworter behaupten, alle profitierten vom Freihandel. Auch die EU-Kommission outete ihre radikalliberale Denkschule Mitte Juni 2013 gegenüber der Presse: Jeder in der EU profitiere vom Freihandelsabkommen. Dabei beruft sie sich auf eine Studie des Centre for Economic Policy Research aus London, nach der bei radikaler Umsetzung des EU-US-Freihandelsabkommens jährliche Gewinne von 119 Milliarden Euro zu erwarten seien. Macht rechnerisch je Familie vierköpfiger Zahl 545 Euro pro Jahr.

Die Rechnung der EU-Kommission zum Benefit der EU-Familien aus dem Freihandelsabkommen mit den USA ist so vereinfachend, dass sie verboten gehört. Insbesondere die Ernährungs-, Agrar und Autoindustrie profitieren allen Voraussagen nach vom Freihandel. Doch dass von steigenden Umsätzen dieser Konzerne die ganze Bevölkerung profitiere und dass dies auch noch zu beziffern sei, könnte sich als kapitale Augenwischerei herausstellen.

Wer profitiert in der EU? Angenommen EU-Fleischkonzerne steigern Schlachtextporte...

Nehmen wir an, deutschen und europäischen Fleischkonzernen wird der Marktzugang in die USA erleichtert und sie steigern ihre Exporte in die USA. Im Jahr 2012 ist der Fleischkonsum in Deutschland um fast 3 Kilogramm gesunken. Vor dem Hintergrund würden Fleischkonzerne ihre Exporte in Drittstaaten nur all zu gern ausbauen.

... dann profitiert die Gesellschaft nicht. Sie zahlt drauf.

Selbst wenn Fleischkonzerne mehr Schwein und Rind in die USA lieferten und die Gewinne steigerten, so bliebe die Gülle der Tiere doch hier und würde hierzulande unsere Gewässer belasten. Die industrielle Fleischerzeugung trägt schon heute dazu bei, dass die Algen in der Ostsee oder an den Küsten der Bretagne blühen – und sonstiges Leben ersticken. Die Kosten der Überdüngung in der EU übersteigen mit bis zu 320 Milliarden Euro jährlich schon heute den Benefit, den die Landwirtschaft mit Hilfe des überhöhten Düngereinsatzes erzielt⁶.

Die Beseitigung der Kennzeichnungs- und Hygienestandards sowie der Nachhaltigkeitsregeln für Dienstleistungen und öffentliche Beschaffung ist DER Erfolgsschlüssel aus Sicht der Freihandelsbefürworter.



Gülle aus Massentierhaltung belastet die Gewässer

Irreführende Tricks der Lebensmittelindustrie:



Zur Kasse gebeten wird jedoch nicht die Fleischbranche, wenn etwa für Wasseraufbereitungsanlagen dauerhaft hohe Kosten entstehen, sondern die Gesellschaft. Heute zahlt eine vierköpfige Familie in Europa rechnerisch knapp 1500 Euro pro Jahr wegen der Überdüngung⁷. Wenn der Freihandel den EU-Fleischexport in die USA begünstigt und die Fleischproduktion steigt, dann zahlen Europas Steuerzahler tüchtig drauf. Je zusätzlichem Rind könnten rechnerisch 500 Euro pro Jahr an Überdüngungskosten anfallen.

HEILSPRECHEN: GUMMIBÄRCHEN "OHNE FETT"

Aus Sicht vieler Verbraucher steht es schon jetzt nicht besonders gut um die Art, wie unser Essen produziert und angepriesen wird. Mehr als 200 Seiten füllen Verbraucherzentralen in Deutschland in ihrem aktuellen Ratgeber „Lebensmittel-Lügen“ mit Beispielen aus Supermarktregalen für legale, aber irreführende Tricks der Lebensmittelindustrie⁸. Gummibärchen mit dem Großdruck-Label „Ohne Fett“ sind nur ein Beispiel. Die aromatisierten bunten Bärchen enthielten noch nie Fett. Dafür aber fast nur Zucker. EU-weit bewegt sich der Streit entlang der Konfliktlinie mit einerseits Werbe- und Verkaufsinteressen der Ernährungsindustrie und andererseits Verbraucherschutzinteressen angesichts der hohen Zahl an Kindern mit Übergewicht und Fehlernährungsgewohnheiten. Das Freihandelsabkommen ist ein willkommenes Instrument der Industrie, strenge Kennzeichnungsregeln abzuschaffen. Mit dem Argument, der Erfolg des Freihandels hänge vom Abbau der „Bürokratie“ und der „Regulierungen“ ab, gewinnen Industrieinteressen an Vorsprung.

HANDELSBARRIEREN SCHÜTZEN LOKALE MÄRKTE – UND DAS IST AUCH GUT SO



Regional verankerte Unternehmen brauchen politischen Schutz.

Wenn die Teilnehmer eines Marktes sich mit Hilfe von Regeln oder Zöllen schützen können, dann stärkt dies gemeinhin die lokalen Anbieter. Der Weltagrarbericht der UN von 2008 bezeichnet lokale Anbieter von Lebensmitteln als zentrale Stützen der Welternährung. Auch mit Blick auf neun Milliarden Menschen weltweit im Jahr 2050 seien regionale Systeme der Lebensmittelerzeugung, -verarbeitung und des Lebensmittelhandels enorm wichtig für die Welternährung, weil speziell die Wertschöpfung innerhalb jeder einzelnen Region, von der Bäuerin bis zum Bäcker, tragender Pfeiler der Familieneinkommen und damit der Hungerbekämpfung weltweit sei. Das Menschenrecht auf Nahrung sei daher nach Ansicht der rund 400 Agrarexperten nur zu sichern, wenn regional die Gesellschaften ihr Ernährungssystem selbst bestimmen können. Die Befürworter des Freien Handels argumentieren dagegen, vom wachsenden transatlantischen Handel würden Entwicklungsländer profitieren, weil sie oftmals Rohstoffe lieferten.

Regional verankerte Kleinbauern, Bauerngenossenschaften, Bäcker, Händler oder Metzger wollen in der Regel gar nicht exportieren. Doch genau diese regional verankerten Unternehmen brauchen politischen Schutz. Wenn etwa Bauern aus Brandenburg der Markt wegbricht für ihr Weidefleisch aus der Uckermark, weil kein Kunde erkennen kann, ob das Fleisch vom Amazonas, aus Arizona, aus dem Allgäu, vom Rio de la Plata oder

aus Prenzlau stammt, dann zerstört Freihandel Existenzen und regionaltypische Landschaften, die gleichermaßen auf einen durch Label und Kennzeichnungen differenzierten Markt angewiesen sind.

DER WIDERSTAND FORMIERT SICH

Daher stößt das anvisierte Freihandelsabkommen schon jetzt auf den entschlossenen Widerstand von Bauern, Verbrauchern, Umweltaktivisten und Tierschützern. Die Nichtregierungsorganisationen haben dazu beigetragen, dass ein Markt für Ökolandbau entstehen und wachsen konnte. Aktuell kämpfen sie erfolgreich für einen fairen Marktzugang für Lebensmittel aus besonders artgerechter Tierhaltung. Regionale Initiativen stellen ihre eigenen Regeln auf. Wie bei Weidefleischprogrammen oft mit großartigen Positivwirkungen für den Artenschutz vor Ort. Doch Schutz vor Hormonfleisch und Gentechnik bieten freiwillige Label nicht. Daher werden NGOs auch weiterhin vereint bei der Lebensmittelpolitik mehr Staat statt weniger einfordern und Druck für verpflichtende Kennzeichnung entfalten. Wie die Konzerne schon richtig erkannt haben, bildet eine transparente, gesetzlich vorgeschriebene Kennzeichnung einen prima Schutz für nachhaltig wirtschaftende Unternehmen. Davon brauchen wir mehr und nicht weniger.



Reinhild Benning

Leiterin der Abteilung Agrarpolitik beim Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND).

Reinhild.Benning@bund.net

Literaturverzeichnis

- 1 http://www.vzbv.de/mediapics/lebensmittelsicherheit_europa_dossier_igw_2010.pdf
- 2 Landwirtschaftskammer Weser-Ems: www.lwk-niedersachsen.de/download.cfm?file=227,312Brunstinduktion_Sauen251005~pdf
- 3 <http://www.usmef.org/growth-hormones-in-cattle/>
- 4 Der Berichterstatter 1988 im EP, Herr Happert aus Frankreich, sagte zur Frage der Zulassung von Fleisch und Milch, die mit Hormoneinsatz erzeugt wurden, den heute noch geltenden Satz: „Da wir derzeit aber nicht an einem Mangel an Milch oder Fleisch leiden, können wir uns die Zeit für genaue Überlegungen nehmen“. Er sprach sich dafür aus, Zuchttiere mit weniger guten Eigenschaften nicht länger in der Zucht zu verwenden, statt mit Hormonen ihre Defizite zu kaschieren. Auch Konservative und Liberale sprachen sich 1988 konsequent gegen Hormone in der Landwirtschaft aus. Quelle: Amtsblatt der EU, 4.7.1988
- 5 Hörning 2013
- 6 Quelle: Centre for Economic Policy Research, London, March 2013: "Reducing non-tariff barriers, so-called "behind-the-border" barriers, will have to be the key part of trans-Atlantic trade liberalisation. As much as 80% of the total potential gains come from cutting costs imposed by bureaucracy and regulations, as



well as from liberalising trade in services and public procurement."

7 The European Nitrogen Assessment, Cambridge 2011

8 Quelle: Centre for Economic Policy Research, London, March 2013: "Reducing non-tariff barriers, so-called "behind-the-border" barriers, will have to be the key part of trans-Atlantic trade liberalisation. As much as 80% of the total potential gains come from cutting costs imposed by bureaucracy and regulations, as well as from liberalising trade in services and public procurement."

9 Vgl. www.lebensmittelklarheit.de

Fotos

Fotolia.com: Gummibärchen ,Schlierner/ Traktor mit Gülle, Margit Power /
Milchkarton, gradt

Depositphoto.com: Rind, ewastudio



KEINE BANKROTTERKLÄRUNG EUROPÄISCHER WERTEPOLITIK FÜR EIN FREIHANDELSABKOMMEN!

Martin Häusling

Es wäre aus meiner Sicht eine Bankrotterklärung europäischer Wertepolitik, wenn wir unseren Ernährungsstil und die Chance auf eine nachhaltigere Agrarpolitik in Europa einem Freihandelsabkommen mit höchst fragwürdigen Inhalten opfern würden.

Eine Handels- und Ernährungspolitik, die sich vor allem dem Interesse der Konzerne unterwirft, statt im Interesse von Bürgern und Bürgerinnen zu handeln, und die wichtige Prinzipien wie Umwelt- und Verbraucherschutz als Handelshemmnis bezeichnet, ist unverantwortlich.

Sie widerspricht zutiefst dem von 187 Nationen ratifizierten „Recht auf Nahrung“. Dies betont auch der von der Menschenrechtsorganisation FIAN (FoodFirst Informations- und Aktionsnetzwerk) und „Brot für die Welt“ erstellte Bericht zum Menschenrecht auf Nahrung 2012. Das „Recht auf Nahrung“ umfasst unter anderem „das Recht der Menschen und Regierungen, Maßnahmen gegen ökologische, wirtschaftliche oder soziale Formen des Dumpings zu ergreifen und ihre eigenen nachhaltigen Ernährungssysteme zu entwickeln“. Hohe Umwelt- und Gesundheitsstandards gehören demnach zu einem vergleichsweise fortschrittlichen Ernährungssystem, das wir in Europa entwickelt haben. Wer diese Standards untergräbt, handelt daher nicht im Interesse der europäischen Bürgerinnen und Bürger, sondern im Interesse von Handels- und Industriekonzerne.



DAHER FORDERE ICH:

- den Agrarsektor aus dem Verhandlungsmandat auszuklammern und gesondert zu verhandeln.
- einen breit angelegten Konsultations- und Beratungsprozess in allen Mitgliedstaaten und gesellschaftlich relevanten Gruppen, insbesondere in Bereichen, die vor allem die Verbraucherrechte europäischer Bürgerinnen und Bürger betreffen (z.B. Gesundheit, Datenschutz etc.).
- eine gegenseitige Verpflichtung der EU und der USA im Vorfeld der Verhandlungen, den jeweils höherwertigen Standard des Partnerlandes anzuerkennen und zu übernehmen.
- eine umfassende Information und Aufklärung auf allen politischen und gesellschaftlichen Ebenen über den genauen Inhalt und die Entwicklungen der Verhandlungen.
- dass die EU und die USA ihre Anstrengungen für weltweit gerechte, faire Freihandelsregeln bi- und multilateral und in der WTO intensivieren. Klauseln, die die Liberalisierung von Handelsregeln für immer unumkehrbar machen, sind völkerrechtlich fragwürdig und gehören nicht in faire Verträge.
- die Achtung der EntschlieÙung des Europäischen Parlaments vom Oktober 2012, wonach Standards zum Schutz der Umwelt, der Gesundheit, Nahrungsmittelsicherheit und des Verbraucherschutzes, aber auch der kulturellen Vielfalt, öffentlicher Dienstleistungen und Arbeitsrechten ausreichend gewahrt und geschützt werden müssen.
- der sogenannte „Investor-Staat-Streitbeilegungsmechanismus“ darf in den Verträgen nicht verankert werden. Solche Schiedsgerichte stellen ein paralleles Rechtswesen dar, das Demokratie aushöhlt, politische Volksvertretung überflüssig macht und jede Entwicklung von Rahmenbedingungen für eine nachhaltige, ökologische und soziale Entwicklung unseres Wirtschaftens in Europa im Keim ausbremsen kann.

ZU DEN AUTOREN

REINHILD BENNING

Reinhild Benning studierte in Köln Deutsch und Sozialwissenschaften, entschied sich jedoch nach dem Studium für eine Ausbildung in der Landwirtschaft. Als staatlich geprüfte Landwirtin arbeitete sie überwiegend im ökologischen Landbau. Über die ehrenamtliche Arbeit in Verbänden und die Zukunftsstiftung Landwirtschaft kam sie 2003 zum BUND, Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland, wo sie die Abteilung Agrarpolitik leitet.

STEPHAN BÖRNECKE

Stephan Börnecke war mehr als 30 Jahre Redakteur der Frankfurter Rundschau, zunächst als Reporter, zuletzt fünf Jahre als Wirtschaftsredakteur. Als freier Journalist befasst er sich mit Agrar- und Naturschutzthemen. Der Autor ist in West-Berlin aufgewachsen und lebt heute im Spessart.

PIA EBERHARDT

Pia Eberhardt arbeitet seit fünf Jahren für die lobbykritische Organisation Corporate Europe Observatory (CEO) zur Frage des Konzerneinflusses auf die europäische Außenhandelspolitik. Sie hat Politikwissenschaften in Köln und Globale Politische Ökonomie in Kassel studiert und vor ihrem Job bei CEO ein Jahr in einem Forschungsprojekt zu Geschlecht und Migration an der Uni in Kassel gearbeitet.

KAREN HANSEN-KUHN

Karen Hansen-Kuhn, B.S. in International Business (Universität Colorado) und M.A. in International Development (The American University), ist Direktorin für internationale Strategie im Institute for Agriculture and Trade Policy (IATP) in Washington, DC. Seit Beginn der Debatten zum Nordamerikanischen Freihandelsabkommen (NAFTA) beschäftigt sie sich mit dem Thema wirtschaftliche Gerechtigkeit wobei es ihr insbesondere darum geht, dass auch die Belange der Entwicklungsländer in die Politikbereiche Handel, Lebensmittelsicherheit und Wirtschaft eingebracht werden. Publikationen zur Handels- und Landwirtschaftspolitik der USA, sowie zu Biokraftstoffen, Lebensmittelsicherheit, Frauenrechten und der Lebensmittelkrise. Sie war Policy Director bei Action Aid USA und internationale Koordinatorin der Alliance for Responsible Trade.

HANNES LORENZEN

Hannes Lorenzen berät im Ausschuss für Landwirtschaft und Ländliche Entwicklung des Europäischen Parlaments die Fraktion der Grünen und Regionalisten. Er hat Soziologie und Internationale Landwirtschaft studiert und war an Durchführung und Evaluierung verschiedener ländlichen Entwicklungsprojekte der GTZ und KfW in Mexiko und Lesotho beteiligt. Er ist Mitbegründer von *Genetic Resources Action International* (GRAIN) und moderiert verschiedene europäische Netzwerke für nachhaltige Entwicklung wie Forum Synergies, PREPARE und ARC2020. Er ist Vorstandsmitglied von IATP, dem US-amerikanischen Institut für Handels und Agrarpolitik in Minneapolis.

ARND SPAHN

Arnd Spahn ist Diplom-Volkswirt und Agrarsekretär der Europäischen Föderation der Gewerkschaften Lebensmittel-Landwirtschaft-Tourismus (EFFAT). Zuvor war er Europa- und Landwirtschaftsreferent sowie Abteilungsleiter Umwelt-Europa der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU), Frankfurt (Main)



TTIP: TRANSATLANTISCHE HANDELS- UND INVESTITIONS- PARTNERSCHAFT

Viel bekommen wir Bürger nicht mit von dem, was da verhandelt wird beim Freihandelsabkommen EU-USA. Das ist auch nicht gewollt, weil manches wohl auf Widerspruch treffen würde.

Karen Hansen Kuhn, Direktorin des Institute for Agriculture and Trade Policy (IATP) in Washington und Hannes Lorenzen, Berater im Europäischen Parlament und im Vorstand des IATP, klären darüber auf, welche Interessen da in erster Linie durchgesetzt werden sollen. Die der Verbraucher oder der Umwelt sind es jedenfalls nicht. Sie zeigen auf, dass es auch Alternativen gäbe, die Wertschöpfung und Beschäftigung bringen.

Pia Eberhardt von der lobbykritischen Organisation Corporate Europe Observatory (CEO) erklärt wie die einseitige Interessenslage zustande kommt: Bei den Anhörungen der EU-Kommission zur Abkommensagenda spielten Belange der Zivilgesellschaft bisher keine Rolle, dafür wurde die Wunschliste der Konzernvertreter fast 1:1 übernommen. Mit dem Konzernklagerecht soll der Privatwirtschaft sogar die Möglichkeit gegeben werden, gegen Staaten zu klagen, wenn zum Beispiel Umweltgesetze drohen, ihre Gewinne zu mindern. Geheimhaltung gehört da zur Verhandlungsstrategie.

Stefan Börnecke, langjähriger Journalist bei der Frankfurter Rundschau zeigt uns auf, wie extrem unterschiedlich die Agrarstrukturen und Agrarsubventionen in Europa und in den USA aufgestellt sind. Hier prallen Systeme aufeinander, die im Wettbewerb nicht kompatibel sind.

Den glitzernden Zahlen zum Profit der Europäer tritt Arnd Spahn, Agrarsekretär der europäischen Gewerkschaftsföderation der Landwirtschaft (EFFAT), mit einer gehörigen Portion Skepsis entgegen. Er befürchtet, statt zu profitieren, sähen sich Landarbeiter mit einer weiteren Verwässerung der Normen für menschenwürdige Arbeitsbedingungen konfrontiert.

Reinhild Benning, Agrar- und Verbraucherexpertin des Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) zeigt auf, welche Suppe die Europäer sich mit einem solchen Abkommen einbrocken. Von Gentechnik über Hormonfleisch bis zu noch mehr Antibiotika macht ihr Beitrag am Ende nicht wirklich Appetit auf Freihandelsabkommen.